Aktion Sühnezeichen Friedensdienste

zeichen
Nr. 1 | Frühling 2019

# EUROPA

# Inhaltsverzeichnis


3 EDITORIAL

4–18 THEMA
4–5 Die Sterne Europas. Von Aleida Assmann
6–8 Die deutsch-polnische Versöhnung vor neuen Herausforderungen. Von Krzysztof Ruchniewicz
9 Die EU geht auch die Kirchen etwas an. Von Katrin Hatzinger
10–11 »Ein klarer, harter Kurs ist wichtig«. Interview mit Arne Lietz
12 Eine Ideenwerkstatt für Europa. Von Anna Balint
13 Offene Rechnungen. Von Thomas Heldt
14 Keeping calm and carrying on? Von Sabrina Gröschel
15 Ein Netzwerk für den Freiwilligendienst. Von Sara Mieth
16–17 Bis heute wird das Leid kaum anerkannt. Von Petre-Georgian Matei
18 Zwischen Bush und »neuer Weltordnung«. Von Malte Lehming

19 GUTES TUN
Ein Dienst an den Grundwerten der EU. Von Hans-Georg Wicke

20–23 FREIWILLIGE BERICHTEN
20 Die EU hat ihr soziales Versprechen gebrochen. Von Leo Buddeberg
21 Die vielen Sprachen Europas – Fundament für Zivilisation. Von Matthew Rosenblatt
22–23 Sich als Menschen begegnen. Von Lilith Lücke

23 KIRCHENTAG
Mit Poetry-Slam und politischem Nachtgebet beim Kirchentag

24–25 ANDACHT
Die zwei Seiten des Übersetzens. Von Christian Stäblein

26–27 AUFRUF
Für eine offene und freie Gesellschaft – Solidarität statt Ausgrenzung!

28–29 WEGGEFÄHRTEN
28 Wir trauern um Karl-Ernst Hesser. Von Helmut Rödner
29 Wir trauern um Paul Niedermann. Von Ines Grau

30 KURZNACHRICHTEN

31 TERMINE


## IMPRESSUM


**Ausgabe:** Nr. 1 Frühling 2019, 47. Jahrgang
**Auflage:** 10.000 Exemplare
**Herausgeber:** Aktion Sühnezeichen Friedensdienste e. V.
Auguststraße 80, 10117 Berlin
**Redaktion:** Barbara-Maria Vahl, Thomas Arzner (verantw.)
**Telefon:** 030 28 395 184
**Fax:** 030 28 395 135
**E-Mail:** asf@asf-ev.de
**Internet:** www.asf-ev.de


## BILDNACHWEISE


**Bilder:** Titelbild: pa (Eric Vandeville) | Seite 3: ASF-Archiv, Seite 4: pa (Sachelle Babbar) | Seite 5: Wikimedia Commons, Jussi Puikkonen/KNAW | Seite 6: Assenmacher – Wikimedia Commons | Seite 7: Barbara-Maria Vahl | Seite 8: Wikimedia Commons, privat | Seite 9: Deutschlandfunk/Anke Beims | Seite 10: Sara Mieth | Seite 11: Nils Bornemann | Seite 12: Marton Meresz | Seite 13: ASF-Archiv, privat | Seite 14: Sabrina Gröschel, privat | Seite 15: EU-Parlament, privat | Seite 17: Helena Schätzle, privat | Seite 18: privat | Seite 19: privat | Seite 20: privat | Seite 21: Nils Bornemann | Seite 22: Haim Zach | Seite 23: privat, 37. Deutscher Kirchentag | Seite 25: pixabay.de (Hans Benn), privat | Seite 26: Nils Bornemann | Seite 29: Ines Grau | Seite 30: Alexander Englert | Seite 34: Helena Schätzle (4)

**Gestaltung:** ultramarinrot, Berlin


**ASF-Spendenkonto:** Bank für Sozialwirtschaft
IBAN: DE68 1002 0500 0003 1137 00 | BIC: BFSWDE33BER

# Editorial

## Liebe Leserinnen und Leser,

ich grüße Euch und Sie herzlich aus Berlin.

Die Wahlen zum Europäischen Parlament stehen bevor, und daher haben wir uns entschieden, ein *zeichen* zum Thema *Europa* in Eure und Ihre Hände zu legen. Viele Nachrichten aus und über Europa machen uns in diesen Tagen Sorgen, wie das Drama um den Brexit, das Aufkommen von Populismus und Nationalismus in verschiedenen Mitgliedsstaaten, die wirtschaftliche Schieflage zwischen Nord und Süd und vieles mehr. Und gleichzeitig erleben wir in unserer Arbeit vieles, das uns Hoffnung und Mut macht.

Für uns ist dies ein Anlass, verschiedene Perspektiven auf unsere europäische Gegenwart zu werfen und verschiedene Stimmen zu Wort kommen zu lassen. Arne Lietz, EU-Abgeordneter und früherer ASF-Freiwilliger, berichtet im Interview, wie rechtsextremistische Parteien die Arbeit im Parlament beeinflussen. Prof. Krysztof Ruchniewicz schreibt über Phasen der deutsch-polnischen Beziehung und zeigt Facetten des Begriffs »Versöhnung« auf. Die Frage der deutschen Reparationen für Griechenland als Folge der dortigen nationalsozialistischen Verbrechen stellt Thomas Heldt. Sabrina Gröschel wirft einen auch persönlichen Blick auf Großbritannien und die Gespräche über den Brexit. Unser ehemaliger Freiwilliger Leo Buddeberg begründet seine Meinung zu Ungleichheiten in der Staatengemeinschaft und unser aktueller Freiwilliger aus dem Deutschland-Programm, Matthew Rosenblatt, beleuchtet Stereotype von US-Amerikaner*innen gegenüber Europa – und umgekehrt. Schließlich berichtet unsere Freiwillige Lilith Lücke vom Empfang der Freiwilligen durch den israelischen Staatspräsidenten Reuven Rivlin am 27. Januar.

Trotz aller Probleme bleibt die EU ein Projekt, das Hoffnung macht auf eine bessere Zukunft. Ein Projekt, das auch Sache der Kirchen sein sollte, wie Katrin Hatzinger in ihrem Beitrag am Beispiel der Bürger*innendialoge in Frankfurt/Oder schreibt. Die Oder als Grenzfluss ist auch Ausgangspunkt der Andacht, verfasst von Christian Stäblein, dem künftigen Bischof der Evangelischen Kirche Berlin-Brandenburg-schlesische Oberlausitz.

Besonders ans Herz legen möchte ich Euch und Ihnen den Artikel von Aleida Assmann. Die Preisträgerin des Friedenspreises des deutschen Buchhandels war Festrednerin auf dem Jahresempfang von ASF in Frankfurt/Main. Für das *zeichen* stellt sie Gedanken darüber vor, was Europa zusammenhält – als Friedens- und Freiheitsprojekt, aber auch als Hort der Menschenrechte und aufgrund seiner Erinnerungskultur nach zwei Weltkriegen.

Zum 19. Mai rufen wir gemeinsam mit anderen zivilgesellschaftlichen Organisationen zu Demonstrationen unter dem Titel »Ein Europa für Alle: Deine Stimme gegen Nationalismus!« auf. Nähere Informationen finden sich auf www.asf-ev.de. In dem Aufruf heißt es: »Wir halten dagegen, wenn Menschenverachtung und Rassismus gesellschaftsfähig gemacht, Hass und Ressentiments gegen Flüchtlinge und Minderheiten geschürt werden. Wir lassen nicht zu, wenn Rechtsstaat und unabhängige Gerichte angegriffen, Menschen- und Freiheitsrechte eingeschränkt und das Asylrecht abgeschafft werden sollen. Deshalb appellieren wir an alle Bürger*innen Europas: Geht am 26. Mai wählen – tretet ein gegen Nationalismus und Rassismus: Für ein demokratisches, friedliches und solidarisches Europa!«

In diesem Sinne wünsche ich Ihnen eine gute Zeit bis zum nächsten *zeichen* im September.

*Ihre und Eure Dagmar Pruin,*
*Geschäftsführerin von Aktion Sühnezeichen Friedensdienste*

# Die Sterne Europas

Was hält die Staaten von Europa künftig zusammen? Einige Lehren sollten beherzigt werden auf dem Weg von einer zerstörerischen Vergangenheit in eine aufgeklärte demokratische Zukunft für Europa.

Das Symbol der EU ist der Sternenkreis. Alle Sterne Europas sind deutlich voneinander abgehoben, gleich groß und gleich weit vom Zentrum entfernt. Sie strahlen dabei die geometrische Zuverlässigkeit eines Uhrwerks aus. Lange Zeit haben wir dieses Motiv im Rahmen der offiziellen Integrationsrhetorik der EU als ein Symbol für Einheit in der Vielfalt, und damit als Bild einer selbstverständlichen und dauerhaften Harmonie gesehen. Das ist längst nicht mehr möglich. Nationale Selbstbehauptung, Kollektivegoismus und Fremdenfeindlichkeit setzen die EU unter Druck. Was dabei immer deutlicher auffällt, ist die leere Mitte des Emblems. In einer Zeit, wo europäische Solidarität bröckelt und die zentrifugale Kraft von Nationalismen immer stärker wird, müssen wir uns mit viel größerem Ernst fragen: Was hält diese Sterne eigentlich noch zusammen und davon ab, aus ihrer Kreisbahn zu treten, zu entgleisen und auseinander zu fallen? Was könnte außer dem Euro als verbindende Kraft in der Mitte des Symbols stehen?

Eine europäische Identität kann nicht auf ein europäisches Narrativ gegründet werden. Zu unterschiedlich sind dafür die Perspektiven, Erfahrungen und Deutungen der Mitgliedstaaten in Bezug auf die beiden Weltkriege. Dennoch ist und bleibt für die Europäer diese Gewaltgeschichte der Ursprung, aus dem Europa hervorgegangen ist. Sich im Spiegel dieser Geschichte besser kennenzulernen und dialogisch aufeinander einstellen zu können, ist ein entscheidender Teil der Arbeit an einem europäischen Wir.

Für dieses europäische Wir gibt es einen klaren Kompass. Ich nenne ihn den »europäischen Traum«. Dieser Traum ist aber nichts Vages, sondern sehr handfest und praktisch. Er besteht aus vier Lehren, die die Mitgliedstaaten aus der Geschichte gezogen haben. Diese Lehren verbinden die zerstörerische Vergangenheit mit der aktuellen Gegenwart und weisen den Weg in eine aufgeklärte demokratische Zukunft für Europa.

Nach 1945 – nach dem Zweiten Weltkrieg – waren es zwei Lehren, die zunächst im Mittelpunkt standen:

1. das Friedensprojekt – wie aus Todfeinden friedlich kooperierende Nachbarn werden – und
2. das Freiheitsprojekt – wie aus Diktaturen Demokratien werden.

Nach 1989 – nach Ende des Kalten Krieges und dem Fall des Eisernen Vorhangs – spielten das Friedens- und Freiheitsprojekt der Demokratisierung noch einmal eine wichtige Rolle. Bei der Erweiterung der EU kamen aber noch zwei weitere Projekte dazu, die für die alten und neuen Mitgliedstaaten in gleicher Weise galten:

3. eine neue selbstkritische und dialogische Erinnerungskultur und
4. die konsequente Umsetzung der Menschenrechte.

Nicht alle Nationen sind notwendig auf autoritäre Politik, ethnische Homogenität und den Ausschluss von Fremden ausgerichtet. Es gibt seit dem 18. Jahrhundert wichtige Beispiele für liberale Nationen als konstitutionelle Demokratien, die in ihrer Verfassung nicht den Heiligen Gral der Nation, sondern die Freiheit und Würde des einzelnen Menschen in den Mittelpunkt stellen. Das autoritäre Bekenntnis zur Nation dagegen sprengt den Rahmen der EU. Nachdem Europa in Staaten wie Ungarn oder Polen zunächst als eine Stütze für die Sicherung und Eigenständigkeit des Staates gefeiert worden war, ist Europa dort inzwischen zum Feindbild geworden – weil das Land den autoritären Typ der Nation wiederherstellen möchte, der auf Stolz und Ehre des Kollektivs gegründet ist. Dieses nationale Selbstbild wird von oben politisch und pädagogisch verordnet und nicht von den freien Bürgern des Landes definiert. Der Staat monopolisiert die Medien und entscheidet über das passende Geschichtsbild. Wer Kritik übt, kommt in den Medien nicht mehr zu Wort oder wird als unpatriotisch diffamiert, denunziert, zensiert und verfolgt. Gegen diesen antidemokratischen Typ der Nation gilt es, nicht die Nation als solche abzuschaffen, sondern die Erfolgsgeschichte der EU zu erzählen, um die demokratischen Nationen zu stärken und zu pflegen, was sie ausmacht: historische und politische Bildung, ein starkes zivilgesellschaftliches Engagement, die Menschenrechte, die Unterstützung von Vielheit und den Kampf um soziale Gerechtigkeit.

Europa, so meine These, muss die Geschichte kennen, aus der es nach den heißen Weltkriegen und dem Kalten Krieg hervorgegangen ist. Ohne eine europäische Verständigung über diese Geschichte und ihre bis heute anhaltenden Folgen ist es unmöglich, einen gemeinsamen Richtungssinn – und nichts anderes heißt ja Orientierung – in der aktuellen Krise zu gewinnen und eine gemeinsame Zukunft zu imaginieren. In dieser Krise ist gerade das Gegenteil von Nostalgie, feindseliger Abschottung und trotziger Abwehr gefordert: Wir müssen in allen Generationen und Schichten lernen, das, was wir besitzen, zu teilen, die Erfahrungen und Standpunkte anderer anzuerkennen und vor allem auch für neue politische und ökologische Herausforderungen konstruktive Lösungen zu finden, wenn wir in Europa und der Welt Frieden bewahren und eine gemeinsame Zukunft haben wollen.

**Prof. Dr. Dr. h.c. Aleida Assmann** war von 1993 bis 2014 Professorin für Anglistik und Allgemeine Literaturwissenschaften an der Universität Konstanz. Sie veröffentlichte zahlreiche Arbeiten zur englischen Literatur, zur Geschichte des Lesens und zum kulturellen Gedächtnis. 2018 wurde ihr, zusammen mit ihrem Mann, Jan Assmann, der Friedenspreis des Deutschen Buchhandels verliehen.

# Die deutsch-polnische Versöhnung vor neuen Herausforderungen

Nach dem Zweiten Weltkrieg begann die Annäherung der beiden Völker nur zögernd – bis ab 1960 auf breiter gesellschaftlicher Basis die Aussöhnung geradezu beispielhaft voranschritt. Jetzt braucht es neue Ziele.

Eine Brücke verbindet das deutsche Frankfurt/Oder und das polnische Słubice miteinander.

Das Problem der Versöhnung in den internationalen Beziehungen ist nach wie vor eines der Schlüsselthemen und bleibt aktuell. Sie ist eine Voraussetzung für ein friedliches Zusammenleben zwischen zuvor gegnerischen und konfliktreichen Parteien. In den letzten Jahren scheint das Thema in Europa an Schärfe und Bedeutung verloren zu haben. Dafür kann es mehrere Gründe geben. Der Krieg und seine Auswirkungen werden von vielen Europäern heute als vage Erinnerung, als Gegenstand in Geschichtsbüchern und nicht als gemeinsame Lebenserfahrung wahrgenommen, deren Erinnerung ständig gepflegt werden sollte. Darüber hinaus lassen die Zusammenarbeit und die engen Kontakte zwischen den europäischen Nationen einen Kriegszustand zwischen ihnen nicht mehr zu. In einer solchen Situation werden moralische Fragen wie Versöhnung weniger Gewicht und Interesse erhalten. Macht es heute noch Sinn, über Versöhnung zu sprechen? Ja, das macht es. Schauen wir dies am Beispiel der deutsch-polnischen Beziehungen an.

Hier hat das Thema seine Relevanz nicht verloren. Die letzte Meinungsumfrage zu den deutsch-polnischen Beziehungen im Zentrum für Öffentliche Meinungsforschung (CBOS) im November 2017 ergab, dass die Polen mit großer Sensibilität auf den Wandel im politischen Kontext und die antideutsche Rhetorik ihrer Regierung reagierten. Sie waren der Meinung, dass sich die deutsch-polnischen Beziehungen deutlich verschlechtert haben und gaben der polnischen Seite die Schuld dafür, was eine Art Novum ist. Gleichzeitig stellten sie fest, dass die polnischen und deutschen Interessen in Europa unterschiedlich sind.

2015 kam die rechtspopulistische Partei Recht und Gerechtigkeit (PiS) in Polen wieder an die Macht. Die Äußerungen bedeutender Politiker dieser Partei offenbarten (und tun es bis heute) eine negative Einstellung gegenüber Deutschland und sehr kritische Einschätzungen des Zustands der deutsch-polnischen Beziehungen. Die Kritik dieser Partei trifft nicht nur die Deutschen, sondern auch Polen – nämlich bestimmte Kreise, konkrete Politiker und Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens, die seit Jahren am deutsch-polnischen Dialog beteiligt sind und die nach 1990 einen wichtigen Beitrag zu der guten Nachbarschaft geleistet haben.

»Beziehungen zu Deutschland«, sagte in einem Interview der Vorsitzende der Regierungspartei PiS, Jarosław Kaczyński, am 17. März 2017, »müssen sich an der deutschen Politik uns gegenüber orientieren. Diese Politik, von der Geschichts- bis zur Energiepolitik, ist gegen unsere Interessen gerichtet. Daraus müssen Lehren gezogen werden«.

Das ASF-Sommerlager unterwegs in ...

**POLEN!**

Vom 4. bis 18. August in Lublin und Białystok.
Weitere Infos unter www.asf-ev.de/sommerlager

Die deutsch-polnischen Beziehungen nach dem Fall des Kommunismus waren seiner Meinung nach von erzwungener Zusammenarbeit geprägt und die polnische Elite verhielte sich zu freundlich gegenüber Deutschland, sie habe nicht die notwendige Härte gezeigt.

Diese negative und einseitige Wahrnehmung der deutsch-polnischen Beziehungen zeigt, dass ein Teil der politischen Szene die Beziehungen zu ihrem westlichen Nachbarn immer noch durch das Prisma historischer Fehler betrachtet, als ob der Prozess der Versöhnung und der Überwindung der Last der Geschichte nie begonnen hätte. Und es steht zu vermuten, dass es hier um wohlkalkulierte Positionierungen eines Politikers geht, der um Wählerstimmen kämpft, auch um den Preis des Erwachens nationaler Empfindungen.

## »VERSÖHNUNG« – EINE BEGRIFFLICHE ANNÄHERUNG

Das Konzept der »Versöhnung« ist polysemisch. Es besteht kein Konsens darüber, welche Bedingungen erfüllt sein müssen, damit sie bestehen kann. Man kann drei Möglichkeiten vorschlagen (nach Valerie Rosoux), das Thema im Kontext der Versöhnung zu sehen: strukturell, sozialpsychologisch und spirituell. Der erste Ansatz betrifft die sicherheitspolitische, wirtschaftliche und politische Zusammenarbeit zwischen den Konfliktparteien. Der zweite betont die kognitiven und emotionalen Aspekte. Der dritte akzeptiert einen Prozess der kollektiven »Genesung«, der auf der Rehabilitation von Opfern und Tätern basiert. Der strukturelle Ansatz befasst sich mit den Interessen und Problemen des Staates im Allgemeinen, während sich die anderen auf die Beziehungen zwischen den betroffenen Nationen und Einzelpersonen konzentrieren. Strukturen und Institutionen können schnell aufgebaut werden. Sie reichen jedoch nicht aus, um langwierige Konflikte zu lösen. Dieser Prozess ist sehr langwierig und kompliziert und verläuft nicht linear, denn während des Prozesses entstehen neue Konfliktsituationen, die erneute Anstrengung erfordern. Dazu gehört, über den Kreis der Führungsstile hinauszugehen. Versöhnung muss eine soziale Aktivität sein, die auf der Grundlage moralischen Engagements auch »Freiwilligkeit« miteinbezieht.

## ETAPPEN DES DEUTSCH-POLNISCHEN VERSÖHNUNGSPROZESSES

Die Tatsache, dass Polen vor 30 Jahren seine Unabhängigkeit wiedererlangt hat, gibt genügend Zeit, um den Prozess der Versöhnung kritisch zu hinterfragen. Polen hatte nach dem Ersten Weltkrieg schlechte Beziehungen zu Deutschland, der nächste Krieg war eine echte Katastrophe in dem gemeinsamen Beziehungsgeflecht. Von Deutschland besetzt, verlor Polen fast sechs Millionen Einwohner, darunter drei Millionen Juden, mehrere Millionen waren zur Zwangsarbeit gezwungen. Das Land wurde zerstört und ausgeplündert. Die Hauptstadt Polens, Warschau, wurde 1944 nach einem gescheiterten antideutschen Aufstand vollständig zerstört.

Bis 1989 gehörte Polen zum Ostblock, der der UdSSR unterstellt war. Die Beziehungen zum anderen deutschen Staat, der DDR, waren offiziell freundschaftlicher Natur, aber von Misstrauen geprägt. Neben der ungünstigen äußeren Situation verzögerten auch andere Umstände den Beginn des Versöhnungsprozesses erheblich. Nach dem Zweiten Weltkrieg verlor Polen die Hälfte seines Vorkriegsgebietes an die UdSSR, während es durch die Beschlüsse der Anti-Hitler-Koalition östlich der Oder und der Lausitzer Neiße deutsches Gebiet erhielt. Mit der Verschiebung Polens von Ost nach West wurde die deutsche Bevölkerung vertrieben. Dieser Umstand wurde von der Bundesrepublik Deutschland erst 1970 akzeptiert. Die Frage der Errichtung der deutsch-polnischen Grenze an Oder und Neiße sowie die Vertreibung der Bevölkerung warf auch später noch einen großen Schatten auf die gegenseitigen Beziehungen. Sie werden auch durch die Erinnerung an die deutschen Gräueltaten während des Krieges und das Fehlen einer angemessenen Entschädigung für die Opfer belastet.

Die nah an der Werft in Danzig gelegene Brigittenkirche wurde in den frühen 1980er Jahren als Treffpunkt und Aktionszentrum der freien Gewerkschaft Solidarność um Lech Walesa berühmt – offen unterstützt vom Propst und Beichtvater Walesas Henryk Jankowski. Noch heute wird in der Kirche an diese Zeit erinnert.

All dies machte ein Übereinkommen zwischen Polen und Deutschland für Jahrzehnte unmöglich. Die kommunistischen Machthaber nutzten diese Situation geschickt für antideutsche Propaganda.

Der Durchbruch gelang in den 1960er Jahren. Die Veränderungen wurden vor allem von der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD) und der Katholischen Kirche in Polen initiiert. Die Einleitung der Annäherung war das Werk von Menschen, für die der Krieg eine lebendige biographische Erfahrung, oft ein Trauma, war. 1965 wurde eine EKD-Denkschrift veröffentlicht, die die Anerkennung des Grenzverlaufs und die Aufnahme des Dialogs mit den Polen forderte. Die katholische Kirche in Polen ging noch einen Schritt weiter. Am Ende des Zweiten Vatikanischen Konzils richteten polnische Bischöfe einen Brief an ihre deutschen Amtskollegen, in dem die berühmten Worte »Wir vergeben und bitten um Vergebung« ausgesprochen wurden. Nicht lange darauf wurden polnische Bischöfe zum Angriffsziel der polnischen kommunistischen Behörden. Der Prozess der Versöhnung unter den Bedingungen des kommunistischen Staates wurde von der Kirche eingeleitet, ihr schlossen sich in den folgenden Jahren aber auch katholische Laien an. Bei ihnen handelte es sich um das einzige von den Kommunisten unabhängige Milieu in Polen. Die Antwort der deutschen katholischen Bischöfe wurde als unzureichend angesehen. Sie mobilisierte jedoch die deutschen Laien zum Handeln.

Eine wichtige Etappe auf dem Weg zur Versöhnung war ein Besuch des deutschen Bundeskanzlers Willy Brandt in Polen im Dezember 1970 und sein Kniefall in Warschau vor dem Denkmal für die Ghetto-Helden. Als Ergebnis von Brandts Besuch in Warschau wurde ein Normalisierungsabkommen unterzeichnet, das zwei Jahre später zur Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen Bonn und Warschau führte. Es entstanden schnell Institutionen, die dem deutsch-polnischen Dialog dienen sollten. Die ersten Städtepartnerschaften wurden geschlossen. Der wissenschaftliche Austausch wurde intensiviert. Ein wichtiges Ereignis war die Schaffung eines Beratungsforums zwischen Polen und der Bundesrepublik Deutschland. Und während also der westdeutsche Teil des Landes sich für den Ausbau des Dialogs mit Polen engagierte, beobachtete der ostdeutsche kommunistische Staat dieses Treiben unwillig – ebenso wie alle Anzeichen eines polnischen Widerstands gegen den Kommunismus.

Die Wahl eines Polen zum Papst im Jahr 1978 – mit Unterstützung des deutschen Episkopats – und die große Welle spontaner Hilfe aus der westdeutschen Gesellschaft (auch die Bürger der DDR schlossen sich der Hilfe an) nach der Einführung des Kriegsrechts durch das kommunistische Regime am 13. Dezember 1981, das die antikommunistische Bewegung »Solidarität« zerstören sollte, war eine Art Beweis für den Abbau nationaler Spaltungen und eine Bestätigung für intensive Zusammenarbeit und Dialog.

Erst als Polen 1989 seine Unabhängigkeit wiedererlangte und Deutschland ein Jahr später wiedervereinigt wurde, wurden die umfassenden Voraussetzungen für eine Partnerschaft und die Beschleunigung des deutsch-polnischen Aussöhnungsprozesses geschaffen. Auf allen Ebenen gab es viele Menschen, die die Annäherung von Polen und Deutschen nicht nur als Voraussetzung für die Wiederherstellung ihrer Beziehungen, sondern auch für den Frieden in Europa betrachteten.

Deutschland unterstützte das polnische Bestreben, der NATO und der Europäischen Gemeinschaft beizutreten. Es wurden ein Austausch von Vertretern verschiedener politischer, wirtschaftlicher und kultureller Bereiche organisiert, formelle und regelmäßige Kommunikations- und Konsultationskanäle zwischen Beamten geschaffen und gemeinsame Institutionen und Organisationen eingerichtet.

Die Öffnung der Grenzen zwischen Polen und Deutschland ermöglichte den direkten Kontakt und Austausch, Meinungsumfragen förderten gute Bewertungen zutage. In der zweiten Hälfte der 90er Jahre tauchten jedoch erste Anzeichen von Missverständnissen auf, die zu einer Wiederherstellung von Konfliktsituationen führten. Die Geschichte stand wieder im Weg.

## HERAUSFORDERUNGEN FÜR DIE ZUKUNFT

Der Prozess der deutsch-polnischen Versöhnung ist seit mehreren Jahren ins Stocken geraten, zumindest auf polnischer Seite wird er in den Beziehungen zu seinem westlichen Nachbarn nicht als eine der Prioritäten behandelt. Dennoch wurde viel erreicht. Es hat einen Generationenwechsel gegeben und es ist notwendig, neue Ziele für die deutsch-polnische Versöhnung und nicht nur historische Kontexte zu identifizieren.

**Krzysztof Ruchniewicz,** Prof. Dr. habil, Historiker, Direktor des Willy-Brandt-Zentrums für Deutschland- und Europastudien der Universität Wrocław, Polen, Lehrstuhlinhaber für Zeitgeschichte am selben Zentrum.
Er hat diverse Publikationen zu Deutschland und deutsch-polnischen Beziehungen veröffentlicht. Zuletzt erschienen: Schauplatz Geschichte. Entdecken und Verstehen in den deutsch-polnischen Beziehungen, Berlin: dpgbv, 2018.

# Die EU geht auch die Kirchen etwas an

Bürgerdialoge sollten weiter Schule machen. Sie sind ein Beitrag zur Debatte um die Zukunft des Kontinents.

Die EU gründet auf Werte, die christlichen Grundüberzeugungen entsprechen. Sie sind in Artikel 2 des EU-Vertrags niedergelegt, nämlich »die Achtung der Menschenwürde, Freiheit, Demokratie, Gleichheit, Rechtsstaatlichkeit und die Wahrung der Menschenrechte«. Zurzeit gerät die EU von innen und von außen immer stärker in Bedrängnis: Der Brexit, der Streit um die Aufnahme und Verteilung von Flüchtlingen, die schleichende Entfremdung von den USA, Uneinigkeit bei der Reform der Eurozone und der erodierende Wertekonsens zwischen den Mitgliedstaaten wirken zermürbend. Europa ist und bleibt ein Friedens- und Einigungsprojekt – aber eines, das nicht unumkehrbar ist, wie der Brexit zeigt. Das heißt, es muss immer wieder aufs Neue um Konsens gerungen und gestritten werden. Die EKD begleitet die europäische Integration seit jeher konstruktiv-kritisch.

Auf ihrer Tagung in Würzburg hat sich die EKD-Synode 2018 in einem Beschluss unter anderem dafür ausgesprochen, dass sich die Gliedkirchen sowie die *Konferenz Europäischer Kirchen (KEK)* und die *Gemeinschaft Evangelischer Kirchen in Europa (GEKE)* »aktiv an der Debatte um die Zukunft der EU beteiligen und innerhalb der Kirchen Foren für Diskussionen über die Frage schaffen, welches Europa wir vor dem Hintergrund christlicher Grundüberzeugungen wollen«.

Unter den Gliedkirchen der EKD hat sich die Evangelische Kirche in Berlin-Brandenburg-schlesische Oberlausitz (EKBO) als erste auf das Experiment eingelassen, im Jahr der Europawahl »Bürgerdialoge zur Zukunft der EU« in Brandenburg, in Frankfurt/Oder und in Wittstock abzuhalten. Ziel war es, über die Bedeutung der Wahl aufzuklären, aber ebenso, Interesse und Engagement für Europa jenseits der Expertenkreise vor Ort sicht- und hörbar zu machen und die Menschen mit ihren Ideen und Anmerkungen zu Wort kommen zu lassen. In der Auftaktveranstaltung in Frankfurt/Oder stand am 3. Februar 2019 die deutsch-polnische Kooperation im Mittelpunkt der Veranstaltung, an der neben einigen Kandidatinnen und Kandidaten zur Europawahl unter anderem auch der Bürgermeister, der Leiter der Europaabteilung im Landesministerium und die Präsidentin der Viadrina teilnahmen. Rund 100 Menschen waren der Einladung in die Sankt-Gertraud-Kirche gefolgt und diskutierten angeregt über die Rolle von Lobbyismus in Brüssel, deutsch-polnische Begegnungen und die europäische Asyl- und Förderpolitik.

Der »Mehrwert« derartiger Veranstaltungen liegt darin, dass Europa-Diskussionen in die Fläche getragen werden, lokale Akteure der Zivilgesellschaft und die (Kirchen-)Gemeinden diese Debatten aufgreifen und so die Vorschläge, Anregungen und Bedenken der Bürgerinnen und Bürger ein Forum erhalten. Das stärkt ein europäisches Wir-Gefühl und das Verständnis für die mühsame europäische Kompromissfindung und sollte weiter Schule machen.

Vor diesem Hintergrund kommt es bei der Europawahl dieses Mal auf jede Stimme an, um die Richtung der EU in den kommenden fünf Jahren mitzubestimmen, und um in den Bereichen Frieden, Umwelt, Asyl, Soziales und Jugend gemeinsam echte Fortschritte zu erreichen. Es geht darum, welches Europa wir in Zukunft wollen. Ein demokratisches, wertebasiertes und weltoffenes? Oder ein nationalistisches, autoritäres und undemokratisches? Die Zukunft der EU geht die Kirchen etwas an.

Das EKD-Büro Brüssel hat eine Handreichung mit Informationen rund um die Europawahl am 26. Mai 2019 veröffentlicht. Sie finden sie unter: www.ekd.de/handreichung-europawahlen-2019-44078.htm

**Katrin Hatzinger,**
Oberkirchenrätin, ist Juristin und leitet seit 2008 das EKD-Büro in Brüssel.

# »Ein klarer, harter Kurs ist wichtig«

## Interview mit Arne Lietz, Abgeordneter im Europaparlament, zu Rechtsextremismus und Nationalismus in der EU

Die diesjährige ASF-Freiwillige Johanna Neumann hat in Brüssel den Abgeordneten Arne Lietz zu Themen befragt, die jungen Menschen Sorgen machen.

**Johanna Neumann: Sie haben vor etwa 20 Jahren einen Friedensdienst für ASF in Boston geleistet. Was haben Sie davon für Ihre heutige Tätigkeit mitgenommen?**

Arne Lietz: Ganz viel habe ich mitgenommen! In meinem ASF-Jahr habe ich in einer Lehrerfortbildungsorganisation zu den Themen Rassismus, Holocaust und Genozid Lehrmaterialien erstellt und zum Thema Vergebung und Versöhnung gearbeitet – und jetzt arbeite ich in der aktuellen politischen Situation zu Populismus, Rassismus, modernem Antisemitismus. Diese damalige Auseinandersetzung hat mich tief geprägt und es ist ganz gut, das im Rucksack zu haben.

**Rechtspopulistische Strömungen in Ländern der EU werden stärker. Und eine Studie der EU-Kommission hat ergeben, dass neun von zehn europäischen Jüdinnen und Juden den Eindruck haben, dass der Antisemitismus in den vergangenen fünf Jahren zugenommen hat ...**

Wir sehen eine besorgniserregende Entwicklung; etliche Staaten sind nationalistisch geprägt. Ich komme aus Sachsen-Anhalt und dort haben wir im Landtag 24 Prozent AFD-Repräsentanten. Diese Partei hat als Anti-Europa-Partei begonnen und ist mittlerweile rechtsextrem. Diese Situation haben wir in vielen europäischen Ländern. Wir sehen Rechtspopulismus aber auch in Frankreich, in den Niederlanden, in Österreich, wo mittlerweile eine rechtskonservative Regierung am Start ist.

Wir haben im Parlament viele Debatten, kritische Auseinandersetzungen insbesondere mit der Partei von Victor Orban in Ungarn. Orban tritt inzwischen offen antisemitisch auf. Da ist es extrem wichtig, Flagge zu zeigen, keinen Antisemitismus zuzulassen. Parteien, die über diese rote Linie hinausgehen, müssen wissen, dass sie dafür zur Rechenschaft gezogen werden – zum Beispiel durch einen Ausschluss aus der konservativen Parteienfamilie. Denn ihre Haltung lässt sich nicht vereinbaren mit konservativen christlichen Werten, wofür die Europäische Volkspartei (EVP) steht. Es ist ganz wichtig, hier einen klaren, harten Kurs zu fahren, Stellung zu beziehen und zu sagen, für welche Werte, Rechte und Errungenschaften man steht.

**Wie werden Rechtspopulismus und Antisemitismus in anderen Ländern thematisiert – wie nehmen Sie das wahr?**

Am Beispiel Ungarns können wir es ja sehen. Da ist zum Beispiel George Soros, der in Budapest unter anderem Gründer und Sponsor einer renommierten Universität war, von Orban verfolgt worden – die Zentraleuropäische Universität (CEU) ist von Schließung bedroht. Wir haben im Europaparlament deutlich gemacht, dass wir für die Freiheit der Lehre eintreten, das ist ein wichtiges Recht. In Frankreich hat es jüngst viele auch antisemitische Anschläge gegeben. Dagegen muss die Politik Flagge zeigen. Ich habe das beispielsweise 2017 gemacht, als Orban zum 500. Reformationsjubiläum die Lutherstadt Wittenberg besuchte. Das Thema Antisemitismus muss zum Beispiel in der Bildungsarbeit eine viel größere Rolle spielen, aber wir haben viele europäische Länder, die das hinten runterfallen lassen. Und wir müssen die jüdische Community in Europa unterstützen. Und wir stellen uns beispielsweise auch gegenüber dem Iran hinter den Staat Israel. So haben wir eine Resolution im Europaparlament gemacht, in der wir die Anerkennung Israels fordern.

**Wie sehen Sie die Rolle von ASF in der aktuellen politischen Situation?**

Für mich war es total spannend, als ich ins Europaparlament kam, dass ich auf Menschen treffe, die mit ASF im Kontakt waren oder selber Freiwillige waren. Das zeigt mir, dass die Menschen, die mit ASF unterwegs sind, sich aktiv in die Gesellschaft einbringen und zu Brückenköpfen werden. Sie stehen auch dafür, dass es ein anderes Deutschland gibt, dass es immer wieder neue deutsche Generationen gibt, die vor dem Hintergrund der Geschichte Verantwortung übernehmen und sich einbringen, und zwar in allen Bereichen der Gesellschaft. Dieses Netzwerk, das ASF-Freiwillige pflegen, ist extrem wichtig.

**Schon heute sitzen Abgeordnete rechtspopulistischer Parteien im Europaparlament. Wie nehmen Sie diese wahr?**

Ich nehme das wahr und ich reagiere darauf. Einmal hat in einem polnischen Sender ein Mitarbeiter ein T-Shirt mit rechtsextremer Aussage getragen – ich habe darauf bestanden, dass er den Raum verlässt, bevor wir das Gespräch beginnen. Das ist der tägliche Kampf gegen Rechtsextremismus, der tägliche Kampf gegen rechtsextreme Sprüche, der tägliche Kampf auch in den Ausschüssen, in denen man Paroli geben muss, wenn so etwas kommt. Es gibt auch die Regel, wenn jemand rechtsextreme Sprüche macht oder frauenfeindliche oder rassistische Sprüche, dann werden die Leute nicht nur verwarnt, sondern sie bekommen eine Strafe. Das ist wichtig, dass wir eine Kultur des Dialogs erhalten. Nichtsdestotrotz sitzen hier rechtsextreme Parteien im Europaparlament.

**Rechtspopulisten sprechen oft von einem Europa der Vaterländer und wollen dabei die Zusammenarbeit stärker beschränken, beispielsweise nur noch auf das Feld der Wirtschaft ...**

Ich finde den Ansatz verkehrt, weil wir dann zurück in die Nationalismen kommen. Und die Weiterentwicklung von Nationalismus heißt unter historischer Perspektive auch Krieg. Wir wollen keinen Nationalismus mehr. Deswegen ist es auch gut, dass wir im Europaparlament so überparteilich zusammenarbeiten. Wir müssen europäische Kompromisse finden und auch demokratisch streiten. Dafür ist so ein parlamentarischer Raum wichtig. Dafür ist aber auch das Zusammenkommen in der Kommission oder im Rat zwischen den Mitgliedstaaten so wichtig. Das ist ein wichtiges Instrumentarium, das noch weiterentwickelt werden muss und wo Nationalismus nicht greifen kann. Wir wollen auch in Zukunft ein Europa des Miteinanders, ein vereinigtes Europa haben. Das ist der politische Kampf, den wir aktuell haben, zur Europawahl, aber auch darüber hinaus.

**Im Mai sind Wahlen zum Europäischen Parlament – was hoffen und was befürchten Sie?**

Ich hoffe, dass wir maximal pro-europäische Parteien ins Europaparlament gewählt bekommen. Und ich hoffe, dass die Menschen zur Europawahl gehen, wir haben ja oft eine ganz geringe Wahlbeteiligung. Die Hoffnung ist natürlich, dass Nationalisten, Populisten, Rechtsextreme, die jetzt schon knapp ein Viertel des Parlaments ausmachen, dass sie geschwächt und nicht gestärkt werden.

**Vielen Dank für das Gespräch!**

Die Fragen stellte **Johanna Neumann,** Freiwillige im CegeSoma (Centre for Historical Research and Documentation on War and Society), und Convivial – Mouvement d'insertion des Réfugiés in Brüssel. Sie ist ASF-Freiwillige des Jahrgangs 2018/19.

**Arne Lietz,** geb. 1976, ist SPD-Europaabgeordneter für Sachsen-Anhalt. Bei der Europawahl 2014 wurde er in das Europäische Parlament gewählt.

Jugendliche Teilnehmerinnen eines Sommerlagers in Ungarn restaurieren Grabsteine auf einem jüdischen Friedhof.

# Eine Ideen-werkstatt für Europa

## Die Sommerlager von Aktion Sühnezeichen Friedensdienste in Budapest

Es mag ja ein wenig pathetisch klingen, aber der Europäischen Union 2019 loyal die Stange zu halten, ist eine moralische Verpflichtung für uns: Als Ungar*innen zum Beispiel sollten wir uns für Europa verantwortlich fühlen, da sich Europa durch diverse krisengeschüttelte Zeiten hindurch für unser Volk verantwortlich gefühlt hat. In der aktuellen Ära der Migration sollten wir uns an Zeiten erinnern – an 1945, an 1956 oder an 1989 –, als ungarische Landsleute in großer Zahl nach Westen flohen und von Bürger*innen anderer europäischer Nationen aufgenommen wurden; und dies noch bevor Ungarn der Europäischen Union beigetreten war.

**Das ASF-Sommerlager unterwegs in ...**

**UNGARN!**

Vom 18. Juli bis 1. August in Budapest. Weitere Infos unter www.asf-ev.de/sommerlager

Zweitens könnten wir uns als Teil der aufblühenden Gemeinschaft der ungarischen Jüdinnen und Juden der Europäischen Union verbunden fühlen. Heutzutage in Europa jüdisch zu sein, heißt auch: kosmopolitisch zu sein – ein europäischer Jude, eine europäische Jüdin. Diese Kultur, diese Religion verbindet uns über die reine Staatsangehörigkeit hinaus miteinander. »Jüdisch-Sein« können wir in Europa durchaus mit positiven Assoziationen verknüpfen und müssen nicht immer nur über den wachsenden Antisemitismus sprechen.

Es ist heute eine gewaltige und schwierige Aufgabe, über die EU zu sprechen. Allerdings ist dies für jemanden, der oder die mit den Sommercamps von Aktion Sühnezeichen in Ungarn zu tun hatte, deutlich einfacher. 2019 werden zum dritten Mal Jugendliche aus ganz Europa zusammenkommen und eine kreative, dynamische Gemeinschaft bilden. Das Sommerlager ist die einzigartige Gelegenheit, in die reiche lokale Kultur und Geschichte einzutauchen und die Vielfalt des jüdischen Lebens in Budapest zu entdecken.

So erlebten sie es auch bisher. Freiwillige machten dabei nicht einfach nur einen Gang durch die historischen jüdischen Viertel Budapests, sondern sie nahmen an einer von einem Ehrenamtlichen der *Haver Foundation* geführten Tour teil. Dies ist eine ungarische Nichtregierungsorganisation, die gegen Diskriminierung und Vorurteile kämpft. Während ihres zweiwöchigen Aufenthaltes begegneten die Teilnehmer*innen einer Aktivistin der Romnja*Roma, zwei Holocaust-Überlebenden und einem jungen ungarischen EU-Politiker. Diese Treffen führten zu Diskussionen verschiedenster Themen – sowohl mit lokalem als auch globalem Bezug.

Die Sommercamps lehren Jugendliche darüber hinaus, gegen Stereotype anzukämpfen, indem sie etwas übereinander erfahren. Sie erschaffen eine lebendige Gemeinschaft, in der eine einzige Sprache gesprochen wird – und dies nicht nur im wörtlichen Sinne: die Sprache des gegenseitigen Verstehens. Und sie schaffen Ideen und Initiativen, die schließlich entscheidend für alle Nationen und Ethnien in ganz Europa sind.

**Anna Balint** ist Koordinatorin beim ungarischen Jüdischen Kulturverband *Maszike* in Budapest.

Bei Sommerlagern in Griechenland treffen sich ASF-Freiwillige mit Dorfbewohnern zu Gesprächen und Unternehmungen.

# Offene Rechnungen

## Deutsche Kriegsschuld und Verpflichtungen gegenüber Griechenland

Am 3. Oktober 1943 befanden sich die Bewohner*innen von Lingiades, dem »Balkon von Ioannina«, zur Walnussernte in den Bergen. Zurück im Dorf blieben zumeist Kinder und Alte. Am Nachmittag überfiel die 1. Gebirgs-Division der Wehrmacht das Dorf und richtete unter den Zurückgebliebenen ein Massaker an. Die Deutschen töteten 82 Bewohner*innen, darunter 34 Kinder unter 12 Jahren. Sie zerstörten und verbrannten die Häuser und machten die Überlebenden zu Obdachlosen. Lingiades ist nur eines von vielen Dörfern in Griechenland, in denen während der deutschen Besatzung brutale Kriegsverbrechen an der Zivilbevölkerung verübt wurden. Etwa 100 Gemeinden schlossen sich seit 1998 zu einem Netzwerk der Märtyrerdörfer und -städte zusammen.

1989 zeichnete der deutsche Rechtshistoriker Christoph U. Schminck-Gustavus Tonbandinterviews mit Überlebenden von Lingiades auf. Mit diesen Tonbändern reiste 2013 der griechische Regisseur Chrysanthos Konstantinidis noch einmal in das Dorf und spielte sie den Nachkommen der Überlebenden vor. Sein Dokumentarfilm »To Balkoni« (www.tobalkoni.gr) zeigt zutiefst bewegend die generationsübergreifenden Auswirkungen des Massakers. Die Menschen von Lingiades leiden bis heute an dem traumatischen Ereignis und an der sozialen und ökonomischen Verwüstung ihres Dorfes.

47 Jahre nach dem Massaker von Lingiades, am 3.Oktober 1990, trat die Deutsche Demokratische Republik der Bundesrepublik Deutschland bei; damit war die Einheit Deutschlands wieder hergestellt. Bei Eintreten dieses Falles, so sieht es das Londoner Abkommen von 1953 vor, seien offene Reparationszahlungen abschließend zu klären. Der sogenannte Zwei-plus-Vier-Vertrag, der 1990 anstelle eines Friedensvertrags und nur zwischen den Alliierten und den beiden deutschen Staaten geschlossen wurde, regelt nach Auffassung der Bundesregierung abschließend alle Rechtsfragen bezüglich von Kriegsfolgen und Reparationspflichten, so auch gegenüber Griechenland. Diese Auslegung lässt jedoch Fragen und mehr noch Rechnungen offen und entlässt Deutschland nicht aus seiner Verantwortung.

Aktion Sühnezeichen Friedensdienste unterstützt die Forderungen des Vereins *Respekt für Griechenland* zu »Deutscher Kriegsschuld und Verpflichtungen gegenüber Griechenland«. Gemeinsam fordern wir die Bundesregierung auf, mit der griechischen Regierung deren Anspruch auf Rückzahlung eines vom Deutschen Reich erzwungenen Kredits aus dem Jahr 1942 rechtlich klären zu lassen.

Weitere Forderungen betreffen das von der deutschen Besatzungsmacht 1942 eingeforderte Lösegeld für jüdische Zwangsarbeiter aus Thessaloniki, welche nur wenige Monate nach ihrer Auslösung ermordet wurden, sowie die Einrichtung eines Fonds zur nachhaltigen Entwicklung des ländlichen Raums unter besonderer Berücksichtigung von Märtyrerdörfern. Über einen solchen Fonds könnten auch die Menschen in Lingiades Unterstützung erhalten. Der volle Wortlaut der Erklärung und die Liste der Erstunterstützer*innen lassen sich hier nachlesen: asf-ev.de/respekt-fuer-griechenland

**Das ASF-Sommerlager unterwegs in ...**

**GRIECHENLAND!**

Vom 3. bis 17. August in Gonia auf Kreta. Weitere Infos unter www.asf-ev.de/sommerlager

**Thomas Heldt** ist ASF-Freiwilligenreferent und Koordinator der Freiwilligenarbeit.

# Keeping calm and carrying on?

Großbritannien in Zeiten des Brexits: Nicht nur das Hin und Her zum Austritt aus der EU bewegt die Insel. Es steht auch die Frage nach der künftigen Form der Demokratie im Raum.

Zu meinem Geburtstag überreichte eine Freundin mir ein Geschenk mit den Worten: »Jetzt, da ihr ja bald nicht mehr hier sein werdet, braucht ihr die.« Im Geschenkpapier fand ich eine DVD mit der sechsten Episode der in den 70er Jahren gedrehten Sitcom »Faulty Towers«. In der Folge »The Germans« besuchen vier deutsche Gäste das an der englischen Riviera gelegene B & B von Sybil und Basil. Und Basil, der seine Angestellten immer wieder verpflichtet »don't mention the war«, schafft dies selber nicht.

Mein Mann und ich haben keinerlei Ambitionen, England in naher Zukunft zu verlassen. Und doch ist diese Freundin bei Weitem nicht die einzige, die annimmt, dass wir darüber nachdenken, auf das europäische Festland zu ziehen. Warum? Weil das genau das ist, was viele hier lebende Europäer*innen anscheinend vorhaben. Zumindest liest man dies immer wieder in Expat-Blogs. Neben Erfahrungen von wachsendem Fremdenhass geht es da um die vielen Ungewissheiten, die manch einer oder manch einem hier lebenden EU-Bürger*in schlaflose Nächte bereiten. Da sind die Fragen nach Aufenthalts- und Arbeitserlaubnissen, die wirtschaftliche Unsicherheit, unter der das Pfund immer mal wieder einzuknicken droht und die die Lage auf dem Arbeitsmarkt nicht rosig aussehen lässt. Und was wird wohl aus den seit Jahrzehnten steigenden Immobilienwerten?

Als Großbritannien am Morgen des 24. Juni 2016 aufwachte und das Ergebnis des Referendums erfuhr, schien dies für viele Menschen hier eine Überraschung zu sein. Immer wieder hörte man Sätze wie »Hätte ich das gewusst, hätte ich anders gewählt« oder »Wäre ich bloß wählen gegangen«. Und doch, wenn man sich aus London herausbewegt und in die verarmten Regionen in und um Birmingham, in Wales, in Cornwall und viele andere Teile des Landes fährt, dann wird ganz schnell klar, dass das Ergebnis des EU-Referendums an vielen Orten Ausdruck einer Protestwahl war. Die Ironie der Situation liegt darin, dass es ganz klar genau diese Regionen sein werden, die unter dem EU-Austritt am meisten leiden. Statt dies jedoch zu sehen, hängen viele, insbesondere ältere Brit*innen, – nicht ungleich dem B & B-Besitzer in der Serie »Faulty Towers« – in der vermeintlich glanzvollen und glorreichen Vergangenheit des British Empire fest, in der natürlich alles besser war und zu der man nun hofft zurückzukehren.

Es ist unumstritten, dass das Ergebnis des 23. Juni 2016 die Insel in zwei Lager geteilt hat. In den Wochen und Monaten nach dem Volksentscheid war es schwierig, den Menschen zu begegnen, die anders gestimmt hatten als man selbst. Doch nur allzu schnell hatte sich der Alltag wieder eingestellt, ganz nach dem bekannten britischen Motto »Keep calm and carry on«, das die britische Mentalität widerspiegelt, dass es, egal wie schlimm die Situation ist, irgendwie, mit ein bisschen Improvisation, doch immer weitergehen wird. Selbst wenn natürlich auch hier die Zeitungen voll vom Brexit-Theater der britischen Regierung sind, aus genanntem Grund scheint dies die Menschen in ihrem Alltag wenig zu bewegen. Und wenn man sich auf den Regierungswebseiten ein wenig genauer umschaut, wird ganz klar, dass, während auf dem politischen Spielfeld weiter darum gekämpft wird, ob es ein weicher, ein harter oder gar kein Brexit werden wird, sich die verschiedensten Ministerien schon auf den schlimmsten Fall vorbereiten. Die Frage, die sich jedoch immer mehr Menschen hier stellen, je länger es keinen klaren Weg nach vorne gibt, ist, ob die Formen der der Demokratie und Regierung, die hier in Großbritannien praktiziert werden, weiter so funktionieren. Und das fragen sie sich, gleich, ob sie für oder gegen den Brexit sind.

**Sabrina Gröschel** ist Landesbeauftragte in Großbritannien. Seit dem Jahr 2000 lebt sie, mit Unterbrechungen während der Studienzeit, in England. Sie liebt die englische Küste, die Menschen dort und den guten Tee.

# Ein Netzwerk für den Freiwilligendienst

## NEVSO verbindet europäische Organisationen

Auch Freiwilligenorganisationen brauchen eine Vertretung in Europa – um Informationen schnell an die Mitglieder weiterzugeben, ihre Interessen auch bei den Institutionen der Europäischen Union vertreten und Freiwilligendienste noch weiter auszubauen zu können. Dies und noch mehr leistet *NEVSO*. Die Abkürzung steht für *Network of European Voluntary Service Organisation*, also Netzwerk der europäischen Freiwilligenorganisationen. Mit dabei sind mehr als 30 europäische Freiwilligendienstorganisationen. Die Mitglieder entsenden Freiwillige innerhalb der Europäischen Union sowie in Länder auf allen Kontinenten und nehmen umgekehrt Freiwillige aus anderen Ländern in ihrem Land auf.

*NEVSO* setzt sich für Vielfalt und für ein friedliches Miteinander zwischen den unterschiedlichen Menschen, Kulturen und Religionen ein, positioniert sich zu internationalen Freiwilligendienstprogrammen sowie denen der Europäischen Union und vertritt die non-formale Bildung gegenüber Entscheidungsträger*-innen und Institutionen.

Das Netzwerk hat insbesondere folgende Aufgaben:

- Weitergabe von Informationen der EU und von in Brüssel vertretenen Institutionen sowie Verbänden über aktuelle Entwicklungen bei internationalen Freiwilligendiensten sowie über angrenzende relevante Themen in den Ländern der Mitglieder
- Vertretung der Interessen der Mitglieder in den Bereichen Freiwilligendienst und non-formale Bildung gegenüber den Institutionen der Europäischen Union – insbesondere gegenüber dem Europäischen Parlament und der Europäischen Kommission.
- Vernetzung mit anderen europäischen Organisationen
- Förderung des Austauschs der Mitglieder untereinander

Weitere Infos im Internet: https://nevso.eu

**Sara Mieth** hat nach ihrem ASF-Freiwilligenjahr in Belgien (1997/98) Soziale Arbeit in Berlin studiert und anschließend für verschiedene internationale Organisationen gearbeitet, u. a. in Frankreich. Sie ist seit fünf Jahren Landesbeauftragte von ASF in Belgien und arbeitet dort auch als Referentin für *NEVSO*.

# Bis heute wird das Leid kaum anerkannt

## Der Völkermord an den rumänischen Roma im Zweiten Weltkrieg und die Folgen

Zwischen 1940 und 1944 war das faschistische Regime in Rumänien einer der wichtigsten Verbündeten des nationalsozialistischen Deutschlands. Die Verfolgung der rumänischen Juden und Roma fügte sich in die deutschen Pläne der Vernichtung des europäischen Judentums und des Völkermords an den Sinti und Roma Europas ein.

Rumänien führte als unabhängiger Staat eine eigene antisemitische Gesetzgebung ein. 1940 wurde Juden die rumänische Staatsbürgerschaft entzogen. Nach der Machtübernahme von Ion Antonescu gab es zahlreiche Pogrome etwa in Bukarest, Bukowina, Bessarabien und Iași. Nach dem Massaker in Iași Ende Juni 1941 wurden die Überlebenden von den rumänischen Behörden tagelang in zwei Todeszügen festgehalten. Tausende kamen in den Güterwaggons ums Leben.

Im Herbst 1941 begannen die Behörden Juden nach Transnistrien zu deportieren, ein Gebiet in der West-Ukraine, das seit 1941 unter rumänischer Verwaltung stand. Transnistrien wurde in den folgenden Jahren zu einem Zentrum des Mordens im Zuge der Völkermorde in Rumänien. Insgesamt deportierte das faschistische Regime etwa 150.000 Juden und ab Sommer 1942 auch 25.000 Roma nach Transnistrien. Schätzungen zufolge kamen 100.000 rumänische Juden und 11.000 rumänische Roma in Transnistrien ums Leben. Sie wurden erschossen oder starben infolge der unmenschlichen Lebens- und Arbeitsbedingungen.

### DEPORTATIONEN UND ERMORDUNG DER ROMA IN TRANSNISTRIEN

Am 25. Mai 1942 führte die rumänische Polizei eine spezielle nationale Zählung der Roma durch. Ion Antonescu beauftragte den Zensus, um diejenigen zu ermitteln, die als sogenannte »Problem-Roma« aus der rumänischen Gesellschaft entfernt werden sollten. Die Behörden unterteilten sie in sesshaft und nomadisch. Zunächst deportierten sie – in der Zeit vom 1. Juni bis 15. August 1942 – 11.441 nomadische Roma. Die Deportation der sesshaften Roma erfolgte zwischen dem 12. und 20. September 1942. Innerhalb von neun Tagen wurden 13.176 Roma verhaftet und in neun Sonderzügen aus dem ganzen Land nach Transnistrien gebracht. Sie wurden in ihren Wohnungen abgeholt, ohne dass sie persönliche Gegenstände oder Haushaltsgüter mitnehmen konnten. Das Nationale Zentrum für Rumänisierung enteignete Häuser und sonstigen Besitz der Deportierten – ein Programm, das Parallelen zur Arisierung im nationalsozialistischen Deutschen Reich aufweist. Obwohl die Militärdienstleistenden unter den Sesshaften eigentlich von den Deportationen verschont werden sollten, wurden in vielen Fällen auch sie und ihre Familienangehörigen als »Problem-Roma« kriminalisiert und verschleppt.

Nach ihrer Ankunft in Transnistrien kamen die Deportierten in Ghettos oder Lager mit jeweils mehreren Hundert oder Tausend Personen. Die Roma wurden überwiegend im östlichen Teil von Transnistrien am Ufer des Flusses Bug festgehalten. Im ersten Winter in Transnistrien wurden tausende Deportierte in stillgelegten ehemaligen Kasernen der Roten Armee festgehalten. Die Gebäude waren schnell überfüllt. Daher evakuierten die rumänischen Behörden Teile der ukrainischen Dörfer und verlegten die Einwohner in Häuser ihrer Verwandten.

Die Lebensbedingungen in Transnistrien waren sehr hart. Die offiziell vorgesehene Essensration wurde nicht eingehalten und die Roma konnten selbst keine Lebensmittel kaufen. Manchmal erhielten sie wochenlang keine Nahrungsmittel. Es gab kein Brennholz zum Heizen oder Kochen. Und es fehlte an Kleidung, da die Roma bei ihrer Verhaftung weder Kleidung noch persönliche Gegenstände hatten mitnehmen dürfen. Den Deportierten wurden die elementarsten Gebrauchsgüter einschließlich Kochgeschirr entzogen. Krankheiten, insbesondere Typhus und Fleckfieber, verbreiteten sich. Eine medizinische Versorgung gab es nicht und es fehlte an Arzneimitteln.

Insgesamt starben zwischen Herbst 1942 und Frühjahr 1944 über 11.000 der 25.000 deportierten Roma in Transnistrien an Unterernährung, Krankheiten und Erfrierungen. Mit der Offensive der Roten Armee im Frühjahr 1944 verließen die deutschen und die rumänischen Truppen Transnistrien. Die überlebenden Roma flohen zurück nach Rumänien. Manche konnten in ihre Heimatorte zurückkehren. Aber viele hatten durch die Deportationen ihr Eigentum verloren und die Häuser waren zerstört worden.

Florica Crăciun wurde 1942 mit ihrer Familie nach Transnistrien deportiert. Zur Zeit des Zweiten Weltkrieges, als fast überall in Europa Sintezze*Sinti und Romnja*Roma systematisch verfolgt wurden, überlebte Crăciun die Deportation und den Völkermord in Transnistrien. Jahrelang kämpfte Crăciun um Entschädigung und bis heute engagiert sie sich für eine Anerkennung der Verfolgungsgeschichte, indem sie ihre Erinnerungen weitergibt. In der Publikation »Wir wollten unsere Zukunft nicht versäumen.« erzählt sie ihre Lebensgeschichte.

## HÜRDEN DER ENTSCHÄDIGUNG

Die Beteiligung des faschistischen Rumänien an der Verfolgung und Ermordung von Juden und Roma wurde während des Kommunismus tabuisiert. Die Anerkennung des Völkermordes an den Roma wurde damals – und wird auch heute – von der Mehrheitsgesellschaft in Rumänien ignoriert. Sehr spät erst stimmten die rumänischen Behörden zu, den Überlebenden einige Rechte einzuräumen. Im Jahre 2000 wurde mit dem Gesetz 189/2000 ein Rechtsrahmen geschaffen, der den Überlebenden für eine zweijährige Verfolgung in Transnistrien eine Rente von 215 Lei (etwa 45 Euro) pro Monat gewährt. Diese gesetzliche Entschädigung ist sehr gering, wurde sehr spät beschlossen und wird darüber hinaus vielerorts von den Behörden in der Umsetzung verzögert, so dass Hunderte Roma-Überlebende inzwischen verstarben, ohne ihre Rechte erhalten zu haben.

**Dr. Petre-Georgian Matei** ist Historiker und Fellow im Elie-Wiesel-Institut für Holocaust-Studien in Bukarest, Rumänien. Er promovierte zu »Identität und Alterität. Roma in Rumänien in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts«. Matei leitet das Projekt »Helping Roma Survivors of Deportations to Transnistria« des *Centre for Community Resources*, das sich für die Rechte der Roma-Überlebenden einsetzt und sie bei ihren Entschädigungsanträgen unterstützt. www.roma-survivors.ro

*Der vollständige Artikel ist nachzulesen in: Aktion Sühnezeichen Friedensdienste (Hrsg.): »Wir wollten unsere Zukunft nicht versäumen.« Geschichten von Romnja aus Rumänien, Berlin 2018.*

**»Wir wollten unsere Zukunft nicht versäumen.« Geschichten von Romnja aus Rumänien**

Das Leben trotz Verfolgung und Diskriminierung selbstbestimmt gestalten, Politik und Gesellschaft verändern, die Zukunft selbst in die Hand nehmen – davon erzählen die Biografien von drei Frauen aus Rumänien. Die Publikation bietet eine biografisch orientierte Auseinandersetzung mit dem historischen und aktuellen Rassismus, der sich gegen die Minderheit der Romnja*Roma richtet. Hintergrundtexte von Expert*innen erläutern die gesellschaftspolitischen Zusammenhänge der Biografien und setzen sich mit den Themen Geschichte, Rassismus und Migration auseinander.

Die Broschüre ist kostenfrei über infobuero@asf-ev.de erhältlich. Das Projekt wurde im Bundesprogramm *Demokratie leben!* des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend gefördert.

Das ASF-Sommerlager unterwegs in ...

**RUMÄNIEN!**

Vom 3. bis 17. August in Bukarest. Weitere Infos unter www.asf-ev.de/sommerlager

# Zwischen Bush und »neuer Weltordnung«

## Europa braucht mehr Behauptungswillen in der Weltpolitik. Trump, Putin und Xi fordern zur Verteidigung der liberalen Demokratie heraus. Ein Kommentar von Malte Lehming

Der Kalte Krieg war zu Ende und der Kommunismus zugrunde gegangen, Deutschland vereinigt und Saddam Hussein mit Hilfe einer großen Allianz aus Kuwait vertrieben worden, in Somalia der erste aus humanitären Gründen geführte Krieg gekämpft und die Rechte von Behinderten gestärkt worden.

All das lenkte auch die Hand von George H. W. Bush, dessen Präsidentschaft vor mehr als einem Vierteljahrhundert endete. Der US-Präsident wachte über die amerikanischen Werte, die amerikanische Demokratie, er verzichtete beim Untergang der Sowjetunion auf jede Art von Triumphalismus, wirkte im Weißen Haus als Könner der Diplomatie und Gentleman der alten Schule, bescheiden, zugewandt, fair, loyal.

Am 30. November 2018 war Bush im Alter von 94 Jahren gestorben, die Trauerfeier in der National Cathedral in Washington D.C. geriet auch zu einer kleinen Reise in die Vergangenheit. Wehmut stand in vielen Gesichtern, verbunden mit einer Sehnsucht nach den Gefühlen von einst.

Einer der Trauergäste war Donald Trump. Und es ist schier unmöglich, nicht den ins Auge stechenden Kontrast von Bush und Trump zu empfinden. Eine weltweite Untersuchung über die Nachrichten vom Tod von George H. W. Bush in 65 Sprachen ergab, dass in 57 Prozent aller Meldungen über den Verstorbenen auch der Name »Trump« erwähnt wurde. Hier der Weltumarmer, der Soldaten schickt, um Hungersnöte zu lindern und das Völkerrecht zu schützen. Dort der Weltenspalter, der internationale Vereinbarungen im Stakkato-Rhythmus aufkündigt – vom Klimaschutz über die iranische Atomwaffengefahr bis zu Handels- und Rüstungsverträgen.

### »NEUE WELTORDNUNG«

Unmittelbar vor der Trauerfeier für den Vorvorvorgänger im Amt ließ Trump seinen Außenminister für eine von den USA geführte »neue freie Weltordnung« werben. Auf Distanz ging Mike Pompeo dabei zu globalen Einrichtungen wie der Welthandelsorganisation, dem Internationalen Strafgerichtshof und dem Internationalen Währungsfonds.

International, das klingt in Trumps Ohren wie global, und das Globale ist ihm verhasst. Amerika, China, Russland – das sind die Akteure, auf die es ankommt. Alle anderen Länder gehören zur Manövriermasse dieses Triumvirats. Warum sollte ein Fuchs Verträge mit Gänsen schließen? Deren Interesse ist es, die Macht des Fuchses einzudämmen. Das aber widerstrebt den Interessen des Fuchses.

In Europa hört man das, verständlicherweise, nicht gern. Das Selbstbild charakterisiert der Satz: Wir sind schwach, aber gut. Unsere Armeen mögen marode sein, doch wir sorgen uns ums Klima, halten Verträge ein, achten das Völkerrecht, vertrauen der Diplomatie.

Vielleicht bedurfte es der rhetorischen Skrupellosigkeit eines Trump, der militärischen Skrupellosigkeit eines Wladimir Putin sowie den ausgreifenden wirtschaftlichen Ambitionen Chinas, damit Europäer das eigene Gewicht künftig realistischer einschätzen können. Wer nur seine Moral in die Waagschale wirft, wird leicht zur Beute derer, die sich über moralische Erwägungen einfach hinwegsetzen.

Es nützt nichts, der Welt, die Bush Senior hinterließ, nachzutrauern. Nostalgie muss sich in Behauptungswillen verwandeln. Trump, Putin und Xi sollten auf Europäer wie eine Eisdusche nach dem Mittagsschlaf wirken, als radikale Wachmachkur. Denn sie haben ja etwas zu verteidigen, ihre Werte, die liberale Demokratie.

Die Bush-Ära lehrt: Manchmal dauert es lange, bis ein System zusammenbricht. In Demokratien aber entscheidet am Ende allein der Wähler, ob ein Präsident eine zweite Amtszeit bekommt. Ein Quäntchen Hoffnung hat überlebt.

Dies ist die leicht gekürzte Fassung eines Artikels, der am 6. Dezember 2018 im Tagesspiegel erschien.
www.tagesspiegel.de/politik/zwischen-bush-und-neuer-weltordnung-europa-braucht-mehr-behauptungswillen-in-der-weltpolitik/23723248.html

**Malte Lehming,** geb. 1960, arbeitet als Autor beim Berliner Tagesspiegel. Von 2000 bis 2005 war er Chef des Washingtoner Büros der Zeitung. Von 1989 bis 1991 arbeitete er als Persönlicher Referent und Redenschreiber für den ehemaligen Bundeskanzler Helmut Schmidt. Lehming studierte Philosophie, Deutsche Literatur und Europäische Geschichte.

# Ein Dienst an den Grundwerten der EU

## Hans-Georg Wicke zum Europäische Solidaritätskorps als Förderprogramm für ein solidarisches und soziales Europa

### WAS IST DAS EUROPÄISCHE SOLIDARITÄTSKORPS UND WIE IST ES ENTSTANDEN?

Mit dem *Europäischen Solidaritätskorps (ESK)* hat die Europäische Union ein neues Förderprogramm für freiwilliges Engagement und aktive europäische Bürgerschaft junger Menschen ins Leben gerufen. Solidarität ist einer der Grundwerte der Europäischen Union. Das ESK ist eine großartige Chance für junge Menschen, sich freiwillig für ein soziales und vielfältiges Europa zu engagieren. Das geht zum Beispiel in Freiwilligendiensten, aber auch in Jobs und Praktika oder mit eigenen Initiativen. Durch ihren solidarischen Einsatz soll gesellschaftlicher Zusammenhalt in ganz Europa entstehen.

Die Idee für das Programm geht zurück auf die Rede von EU-Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker zur Lage der Union am 14. September 2016. Diese Rede war die erste umfassende Reaktion der Kommission auf die Brexit-Entscheidung des Vereinigten Königreichs. In diesem Zusammenhang schlug Juncker die Einrichtung eines europäischen Solidaritätskorps vor.

### WELCHE ZIELSETZUNG HAT ES?

Das vorrangige Ziel des *Europäischen Solidaritätskorps* besteht darin, durch Freiwilligenaktivitäten Solidarität als Wert zu fördern. Insbesondere will das EU-Programm jungen Menschen leicht zugängliche Möglichkeiten bieten, sich solidarisch zu engagieren und damit zur Stärkung des Zusammenhalts, der Demokratie und des Bürgersinns in Europa beizutragen. Zugleich aber können sie Kompetenzen und Fertigkeiten für ihre persönliche, bildungsbezogene, soziale, zivile und berufliche Entwicklung erwerben. Zivilgesellschaftliche Organisationen, öffentliche Einrichtungen und Jugendverbände unterstützen Jugendliche dabei, ihren Einsatz im ESK optimal zu nutzen.

### WELCHE ROLLE HATTE AKTION SÜHNEZEICHEN FRIEDENSDIENSTE BEI DER ENTWICKLUNG?

Die Anfangsphase des Programms war nicht einfach – vor allem mangelte es an ausreichend Zeit, um die Zivilgesellschaft in Deutschland und Europa wirklich umfänglich in die Gestaltung des *Europäischen Solidaritätskorps* mit einzubeziehen. ASF hatte sich, zusammen mit anderen Freiwilligendienstorganisationen in ganz Europa, aktiv an der Diskussion über das ESK beteiligt und eine Vielzahl wertvoller – kritische und konstruktive – Beiträge eingebracht. Die Ansätze und Einsichten, über die ASF in der Umsetzung internationaler Freiwilligendienstformate verfügt, waren und sind angesichts der langen, erfolgreichen Geschichte und der inhaltlichen Ausrichtung von ASF beispielgebend. Darüber hinaus wurden die ersten fast zwei Jahre des ESK noch als Teil des Programms *Erasmus+* und im Übergang vom *Europäischen Freiwillligendienst (EFD)* realisiert. Das hatte ganz praktische Auswirkungen auf die zielgerichtete Verbreitung von Informationen und auch auf die Handhabbarkeit der neuen Fördermöglichkeiten, da sich die Träger neu orientieren mussten und das Profil des *Europäischen Solidaritätskorps* zunächst nicht trennscharf vom bisherigen Programm *Erasmus+ JUGEND IN AKTION* zu vermitteln war.

### WELCHE ROLLE SPIELT ASF HEUTE IM PROGRAMM?

Um so mehr freut es uns, dass ASF sich aktuell für die Umsetzung europäischer Freiwilligendienstformate stark macht, sowohl mit einem noch laufenden mehrjährigen Projekt *(Strategischer EFD)* als auch einer aktuellen ESK-Freiwilligenaktivität.

Aktuellen Formen von Antisemitismus, Rassismus und Ausgrenzung von Minderheiten entgegenzuwirken, das ist es, wofür ASF seit ihrer Gründung und bis heute steht – es ist quasi der Markenkern – und damit ist Aktion Sühnezeichen Friedensdienste für mich ein so wichtiges Beispiel dafür, wie man Jugendliche für das Thema »Mehr Solidarität in Europa« begeistern kann.

**Hans-Georg Wicke,**
Sozialwissenschaftler, seit mehr als 30 Jahren im Bereich von Jugendarbeit und Jugendpolitik, non-formalem Lernen und politischer Bildung auf nationaler, europäischer und internationaler Ebene tätig; seit 1995 Leiter von JUGEND für Europa – Nationale Agentur für die EU-Programme *Erasmus+ JUGEND IN AKTION* und *Europäisches Solidaritätskorps* in Deutschland (Bonn).

# Die EU hat ihr soziales Versprechen gebrochen

Die Ungleichheit in der Staatengemeinschaft ist immer noch frappant – sie ist ein Grund, weswegen die Vision eines geeinten Kontinents zu scheitern droht.

Wer im Bewusstsein der Schoa einen Dienst mit Aktion Sühnezeichen für den Frieden leistet, der oder die wird in dieser Zeit wohl in vielerlei Hinsicht sensibilisiert. Existenzielle Werte wie Frieden, Multilateralismus und Völkerverständigung verlieren an Selbstverständlichkeit. Gleichzeitig wächst das Bewusstsein für die Notwendigkeit, diese Errungenschaften zu verteidigen und für ihren Erhalt einzustehen – auf eine Art und Weise, die über pure Lippenbekenntnisse hinausgeht.

Jene existenziellen Werte, die dem Engagement von ASF zugrunde liegen, verkörpert die Europäische Union seit 70 Jahren. Kurz vor den Europawahlen steht diese unter enormem Druck: Sie wirkt wie im Sog erstarkter nationalistischer Interessen. Zwar existieren nirgends, auch nicht in den rechts(radikal) regierten Mitgliedstaaten wie Polen oder Österreich, aktive Mehrheiten für die Zerschlagung der Union. Doch droht ihr durch die Zunahme nationalistischer Interessen eine langfristige Umgestaltung, die wohl von europäischen Grundüberzeugungen wie Solidarität, Weltoffenheit und supranationaler Verantwortung wenig bis gar nichts übriglassen würde. Die inhumane Abschottungspolitik der »Festung Europa« lässt erahnen, wie eine solche Perspektive aussähe.

Die Ursachen für diese Rückentwicklungen der europäischen Integration sind vielfältig und kaum überschaubar. Beim Blick über den deutschen Tellerrand wird jedoch einer der möglichen Gründe für zunehmenden Nationalismus und Abkehr von europäischem Zusammenhalt besonders deutlich: Die sich weiter verstärkende strukturelle Ungleichheit. Das Versprechen, die Herstellung gleichwertiger Lebensverhältnisse in allen Mitgliedstaaten, hat die EU gebrochen.

Anstelle einer sozial ausgeglichenen Staatengemeinschaft erleben wir in Europa ein massives Wohlstandsgefälle. Während Deutschland sich am Rande der Vollbeschäftigung bewegt, beträgt in anderen Regionen die Arbeitslosenquote nahezu 20 Prozent – die Jugendarbeitslosigkeit das Doppelte. Unterschiedliche Arbeitsbedingungen und Sozialstandards in den einzelnen Mitgliedstaaten manifestieren die europäische Ungleichheit und vergrößern die Armutsgefährdung der Menschen in wirtschaftlich schwachen Staaten. Und die Hoffnung auf die Einführung entlastender europaübergreifender Sozialsysteme, die die logische Ergänzung des gemeinsamen Marktes und der Freizügigkeit wären, wird seit langem enttäuscht. Dass diese Ungleichheit tiefe Gräben zieht und europäischer Integration entgegensteht, liegt auf der Hand: Sie betont nationale Grenzen und polarisiert. Die Aufmerksamkeit der »Gewinner-« und »Verliererstaaten« konzentriert sich auf ihre nationalen Schicksale – und nicht auf zunehmendes Mit- und Füreinander.

Die Europäische Union hat einst einen beinahe ewigen Kriegsherd in ein ambitioniertes Projekt für Frieden, Multilateralismus und Völkerverständigung verwandelt. Damit diese Vision eines geeinten, demokratischen Europas von Bestand sein kann, ist es höchste Zeit, dass die Union ihr jahrzehntealtes Versprechen für sozialen Ausgleich einlöst. Es ist eine einfache Rechnung: Wirtschaftsstarke Staaten müssen sich für solidarische Ideen öffnen. Geschieht das nicht, werden wir weitere Schritte auf den »Point-of-no-return« zu machen – und den erkennt man immer erst, wenn es zu spät ist.

**Leo Buddeberg,** geb. 1999, war 2017/18 Freiwilliger im Belgischen Staatsarchiv in Eupen. Seit seiner Rückkehr studiert er Politikwissenschaft am Otto-Suhr-Institut der FU Berlin und ist derzeit studentischer Mitarbeiter in der Freiwilligenkoordination bei ASF.

*Der Freiwilligendienst von Leo wurde gefördert durch das Programm Erasmus+ JUGEND in Aktion.*

Erasmus+

Das ASF-Sommerlager unterwegs in ...

**BELGIEN!**

Vom 4. bis 18. August in Fort Breendonk.
Weitere Infos unter www.asf-ev.de/sommerlager

# Die vielen Sprachen Europas – Fundament für Zivilisation

Es gibt nicht nur Stereotype von Europäer*innen gegenüber Amerika – auch umgekehrt hat man sich Meinungen gebildet. Dass diese nicht stimmen müssen, hat Matthew Rosenblatt festgestellt.

Der Deutschland-Freiwillige Matthew Rosenblatt aus den USA vor seinem Einsatzort – im Hintergrund die Kommandantur am Eingang zur Gedenkstätte Flossenbürg

Wenn ich an Europa denke, denke ich an die biblische Geschichte »Der Turmbau zu Babel«. Diese Geschichte legt nahe, dass alles möglich sei, wenn die Menschheit unter einer Sprache vereint wäre – mit vielen Sprachen jedoch seien Menschen zu ständigen Konflikten verurteilt. In vieler Hinsicht scheint mir dies die perfekte Allegorie für Europa zu sein, angesichts seiner langen, blutigen Geschichte. Als Amerikaner, der hier lebt, habe ich jedoch festgestellt, dass diese Fabel für das zeitgenössische Europa nicht mehr so recht taugt. In den letzten sechs Monaten sah ich mich immer wieder mit zwei Stereotypen gegenüber der europäischen Einheit und Vielfalt konfrontiert.

Das eine lautet, dass Europa aus homogenen Ländern besteht. Für Amerikaner*innen nämlich wird europäischer Homogenität die Prämisse unterstellt, dass alle in jedem Land weiße Menschen sind und in derselben traditionellen Kultur leben. Dies aber spiegelt eine sehr amerikanische Wahrnehmung der Homogenität wider, da Sprache auch in Europa Quelle und Ausdruck der Vielfalt sein kann und ist. Oft reise ich von meinem Wohnort in der Oberpfalz zu meinem Freund in Schwaben. Obwohl dies innerhalb des gleichen Bundeslandes liegt, bedeutet es das Umschalten zwischen radikal unterschiedlichen Dialekten. Dies ist eine schwierige Alltagserfahrung für jemanden, der kein Muttersprachler ist, geschweige denn ein Deutscher. Im Gegensatz dazu haben wir in Amerika einige regionale Unterschiede, aber die meisten jungen Amerikaner*innen kommen gut mit ihrer einen Landessprache durch.

Das zweite oft bemühte Stereotyp ist, dass die Europäer*innen den Multikulturalismus nicht mögen. Und auch das spiegelt eine amerikanische Perspektive wider. Dies hat mit einem bemerkenswerten europäischen Phänomen zu tun, das mir deutlich geworden ist: das Streben nach Konsens als einer Grundlage für eine multikulturelle Gesellschaft. Dem politischen System der Koalitionsregierungen, das in den meisten europäischen Ländern präsent ist, ist offenbar die Idee immanent, dass diese Parteien letztlich Kompromisse miteinander auszuhandeln haben. In Amerika hingegen bedeutet das Zwei-Parteien-System, dass jede Partei in jeder Saison um Hegemonie kämpft und vor allem auch für ihre eigenen Forderungen und Ziele. Diese politischen Systeme spiegeln sich auf sozialer Ebene wider: In Gesprächen mit Europäer*innen fällt mir oft auf, dass diese versuchen, eine gemeinsame Basis zu finden. Während in den USA, insbesondere in unserem Universitätssystem, zunehmend weniger Menschen einen Konsens suchen als vielmehr das Gefühl, »richtig« zu sein.

Suche nach Konsens ist selten einfach und erfordert oft Opfer und harte Arbeit. Während Europa und die Europäische Union zunehmend von denjenigen bedroht respektive in Gefahr gebracht werden, die Einwanderung und Multikulturalismus ablehnen, ist es interessant, rückblickend festzustellen, dass Europa immer ein komplexer multikultureller Kontinent mit radikalen kulturellen und sprachlichen Unterschieden war. Wenn also – um zu dem Bild zurückzukehren – »der Turmbau zu Babel« üblicherweise so gelesen wird, dass Vielfalt irgendwie eine »Bestrafung« für die Menschheit darstellt, hat doch Europa überzeugend gezeigt, dass Menschen eine Zivilisation auf der Grundlage von Vielfalt aufbauen können.

**Matthew Rosenblatt** ist 29 Jahre alt und arbeitet seit September 2018 als Deutschland-ASF-Freiwilliger im ehemaligen Konzentrationslager Flossenbürg/Bayern. Er kommt aus Boston, Massachusetts und hat Psychologie und Geschichte an der University of Colorado Boulder und der Brown University studiert.

**Das ASF-Sommerlager unterwegs in ...**

**DEUTSCHLAND!**

Vom 12. bis 26. Juli in Berlin-Schöneweide, vom 5. bis 19. August in Flossenbürg, vom 11. bis 24. August in Osnabrück und vom 23. August bis 6. September in Neckarzimmern. Weitere Infos unter www.asf-ev.de/sommerlager

# Sich als Menschen begegnen

## Austausch und Erinnerung am Internationalen Holocaust-Gedenktag – mit Überlebenden und Israels Staatspräsident Reuven Rivlin

Ein besonderer Tag für die diesjährigen ASF-Freiwilligen in Israel: Am 27. Januar empfing Staatspräsident Reuven Rivlin sie gemeinsam mit Holocaust-Überlebenden. Rechts von Rivlin sitzt Marianne Karmon. Und als 3. v. re. im Bild der Landesbeauftragte für Israel, Guy Band.

Am 27. Januar 2019 wurden wir ASF-Israel-Freiwillige vom israelischen Staatspräsidenten Reuven Rivlin in seiner Residenz empfangen. Bei der Rede des Präsidenten und auch den vorangehenden Reden – der Holocaust-Überlebenden Marianne Karmon und Tamar Landau sowie des Vorsitzenden der Lobby für Schoa-Überlebende in der Knesset und der deutschen Botschafterin in Israel Dr. Susanne Wasum-Rainer – war ich persönlich überrascht, wie sehr ASF und wir Freiwilligen im Mittelpunkt standen. Und obwohl es eine sehr offizielle Veranstaltung war und ganz klar etwas ganz Besonderes, am Internationalen Holocaust-Gedenktag vom israelischen Staatspräsidenten eingeladen zu sein, habe ich die Atmosphäre als vertraut erlebt. Es war eine Würdigung von uns Freiwilligen und ASF. Etwas, das nicht als Routineveranstaltung absolviert wird, sondern, so hatte ich das Gefühl, eine ehrliche

Anerkennung der Arbeit von Aktion Sühnezeichen Friedensdienste. Dies fand ich umso bemerkenswerter, als ich im Nachhinein erfuhr, dass Rivlin früher ein starker Gegner des Aufbaus diplomatischer Beziehungen zu Deutschland gewesen war.

Es geht um Begegnungen, das ist etwas, was ich bei ASF gelernt habe. Menschen zu begegnen, deren Geschichte man nicht kennt und ihnen zuzuhören. Egal, ob es eine Begegnung mit dem Präsidenten ist oder eine Begegnung in meinem Projekt, wo ich ältere Menschen betreue. Diese Begegnungen sind ein Gewinn, nicht nur für mich persönlich, sondern auch für die Schoa-Überlebenden, die sich oftmals freuen, sich mit jemanden zu unterhalten, der ihre Muttersprache spricht. Und denen es wichtig ist, ihre Geschichte an Jüngere weiterzugeben.

Nach dem Empfang beim Präsidenten gab es eine Gedenkveranstaltung im Beit Ben Yehuda. Meine Mitfreiwillige Annika und ich hatten uns im Vorfeld viele Gedanken gemacht, wie solch eine Gedenkveranstaltung zu gestalten sei – zu der nicht nur ASF-Freiwillige, sondern auch Überlebende und der ASF-Freundeskreis eingeladen waren. Wie wird man einem so besonderen Tag gerecht? »Vertrauen« war der Kontext, in dem wir uns im BBY versammelt haben und das war der Schlüssel. Wir konnten offen miteinander über sensible Themen reden – was nicht selbstverständlich ist – und es hat zu einem sehr persönlichen, gefühlt sogar familiären Klima geführt. Und das ist wieder genau der Punkt: Wir sind im BBY zusammengekommen, weil wir gemeinsam an die Schoa erinnern, uns mit Gedenken auseinandersetzen und erfahren wollten, wie andere Menschen damit umgehen. Wir wollten miteinander reden und voneinander lernen – uns als Menschen begegnen. Und das, so habe ich das Gefühl, wird dem 27. Januar gerecht. Das ist eine Art, wie Erinnerung und Gedenken möglich ist.

**Lilith Lücke,** ASF-Freiwillige des Jahrgangs 2018/19 im Beit Ben Yehuda und im Beit Frankfurter.

Das ASF-Sommerlager unterwegs in ...

**DEUTSCHLAND und ISRAEL!**

Vom 15. bis 29. Juli in Berlin und Jerusalem.
Weitere Infos unter www.asf-ev.de/sommerlager

# Mit Poetry-Slam und politischem Nachtgebet beim Kirchentag

## ASF organisiert verschiedene Veranstaltungen in Dortmund

ASF ist ein Gedicht – wer das nicht glaubt, der muss zum 37. Evangelischen Kirchentag nach Dortmund kommen. Dort organisiert Aktion Sühnezeichen Friedensdienste zusammen mit anderen Freiwilligenorganisationen gleich zwei Abende mit Poetry-Slam. Lust und Frust eines Freiwilligenlebens werden hier in Reime gebunden – hoffentlich zum Gefallen des Publikums. Das Ganze steht unter dem Motto »Vertrauen und Frieden« – ganz im Sinne des Kirchentagsleitworts »Was für ein Vertrauen« und findet statt im Zentrum Jugend, Grammophon Events, Grammophon Palace, Eberstraße 30, Innenstadt-Nord. Die Termine sind: Donnerstag, 20. Juni, 18.00 bis 18.45 Uhr und Samstag, 22. Juni, 14.00 bis 14.45 Uhr.

Wer es spiritueller mag, kann zum politischen Nachtgebet kommen: »In der Hoffnung überspringt die Seele die Wirklichkeit« am Donnerstag, 20. Juni, ab 22.00 Uhr in der Melanchthonkirche, Melanchthonstraße 6, Innenstadt Ost. Es wird gestaltet von den ASF-Geschäftsführerinnen Dr. Dagmar Pruin und Jutta Weduwen und von ehemaligen Freiwilligen.

Treffpunkt auf dem Kirchentag vom 19. bis 23. Juni ist der Stand von ASF auf dem Markt der Möglichkeiten: Infos und Begegnung in Halle 6, Standnummer J33.

Beteiligt ist Aktion Sühnezeichen auch an den Veranstaltungen der *Arbeitsgemeinschaft Dienst für den Frieden (AGDF)*: Sie organisiert am Kirchentags-Samstag, 22. Juni, eine »Menschenkette für den Frieden« mittags in der Dortmunder Innenstadt. Ein Gottesdienst »Der Friedenskraft vertrauen – Erfahrungen aus 50 Jahren Dienst am Frieden« findet am Kirchentagssamstag, von 19.00 bis 20.30 Uhr, in der Lutherkirche in Hörde, Kanzlerstraße 2–4 statt. Die *AGDF* ist auch auf dem Markt der Möglichkeiten vertreten, Themenbereich 6, Standnummer 4-A06.

Weitere Infos (inkl. App zum Download): **www.kirchentag.de**

# Die zwei Seiten des Übersetzens

## (Apostelgeschichte 16, 7–13)

Als sie aber bis nach Mysien gekommen waren, versuchten sie, nach Bithynien zu reisen; doch der Geist Jesu ließ es ihnen nicht zu. Da zogen sie durch Mysien und kamen hinab nach Troas. Und Paulus sah eine Erscheinung bei Nacht: Ein Mann aus Makedonien stand da und bat ihn: Komm herüber nach Makedonien und hilf uns! Als er aber die Erscheinung gesehen hatte, da suchten wir sogleich nach Makedonien zu reisen, gewiss, dass uns Gott dahin berufen hatte, ihnen das Evangelium zu predigen. Da fuhren wir von Troas ab und kamen geradewegs nach Samothrake, am nächsten Tag nach Neapolis und von da nach Philippi, das ist eine Stadt des ersten Bezirks von Makedonien, eine römische Kolonie. Wir blieben aber einige Tage in dieser Stadt. Am Sabbattag gingen wir hinaus vor das Stadttor an den Fluss, wo wir dachten, dass man zu beten pflegte, und wir setzten uns und redeten mit den Frauen, die dort zusammenkamen.

Liebe Gemeinde, es geht hier um das Übersetzen, erst mal im wörtlichen Sinne. Komm herüber, ruft der Mann in Makedonien Paulus zu. Komm herüber. Es ist – wenn man die Geschichte der Ausbreitung des christlichen Glaubens zurückverfolgt – der erste Schritt nach Europa, in die griechische Welt. Eine kleine Schifffahrt für Paulus, ein großer Schritt für die Menschheit. Ja, es geht ums Übersetzen. Bleib nicht für Dich. Such den Anderen.

Europa ist eine Übersetzungsaufgabe. Es braucht solche Übersetzungen, Austausch, Dialog, da Europa sich als Projekt nicht einfach von selbst versteht, da die Menschen vielerorts danach fragen, neu verstehen wollen, worum es geht. Bürgerdialog – gut so. Übersetz mal Europa, komm herüber.

Aber wozu eigentlich? Die ferne Reiseerzählung aus dem 1. Jahrhundert gibt eine einfache, darin ungeheuer schöne Antwort: Komm herüber. Hilf uns. – Christlicher Glaube verbreitet sich offenkundig von Anfang an als Hilfsprojekt. Europa als Hilfsgemeinschaft. Im Grundlagenvertrag der Europäischen Union findet sich das Wort Hilfe ständig. In zwei Bedeutungen. Zum einen als Beihilfe – innerhalb der Gemeinschaft. Man steht sich bei, mit Geld, aber nicht nur mit Geld. Auch, zweite Variante: als humanitäre Hilfe. Nach außen. Bei Katastrophen, Überschwemmungen, Dürren, Kriegen, Flucht. Fast könnte man sagen: das ist das Wesen einer Gemeinschaft, jeder, auch dieser europäischen: ein Begreifen, dass Leben besser zusammen geht als allein. So kann man miteinander wirtschaften. Miteinander nach Sinn und Ziel suchen. Vor allem aber: sich gegenseitig und anderen helfen. Weil wir Menschen nicht für uns perfekt sind. Wir brauchen den anderen.

Komm herüber, hilf uns. Mit Hilferufen ist das bisweilen so eine Sache. Man bekommt nicht immer, was man erbeten hat. Oder womöglich noch schlimmer: Man bekommt mehr, als man wollte. Nicht nur die Rohrzange, sondern gleich zwei Handbücher zur richtigen Handhabung von Wasserhähnen. Hilfe kann als Herrschaftsgeste missbraucht werden. Und, auch das kennen wir: Manchmal werden später Geschichten erzählt, dass jemand um Hilfe gerufen habe, nur um zu begründen, warum jemand ungefragt gekommen ist. Herrschaft maskiert als Hilfe, das 20. Jahrhundert in Europa ist voll davon. Deshalb, genau deshalb haben wir ja ein vereintes Europa heute. Allerdings: Die Menschen erleben es vielerorts nicht nur als gemeinsames Projekt, sondern als übergriffiges. Vorgaben machen? Aus der Ferne? Deshalb ist es so wichtig, so dran, immer wieder darüber zu reden. Bürgerdialog. Damit wir nicht irgendwann nur »Hilfe, Hilfe, Europa« rufen.

Eine spezielle Seilfähre über die Elbe verbindet die kleinen Orte Dommitzsch und Prettin miteinander – auch heute bedarf es dafür noch eines Fährmanns, der täglich vielfach übersetzt – ohne ihn wären zwei Landesteile getrennte Welten.

Aber wobei sollten Paulus und seine Leute eigentlich helfen? Europa gab es zu Paulus Zeiten noch gar nicht, nicht als Begriff für einen Kontinent, nicht als Einheit – auch deshalb kommt die biblische Geschichte heute eher beiläufig daher. Kommt mal rüber. Wozu? Auch das erschließt sich eher en passant. Man trifft sich draußen am Fluss, hier sind vor allem Frauen, sie beten, suchen nach Antworten: worauf es im Leben ankommt. Da kommen Paulus und seine Leute und man kommt ins Gespräch. Sie sitzen beieinander. Ganz einfach, ohne große Predigt und Theaterdonner. Und es beginnt, wie auch bei der Auferstehung, wo die Frauen die ersten am leeren Grab sind, es beginnt mit den Frauen: Damit, wie sie darüber sprechen, woran es sich lohnt, das Herz zu hängen. Das klingt nach wenig. Und ist doch ungeheuer viel.

Und die Antwort von Paulus? Jetzt können Sie sagen: Die heißt doch Christus – und also nicht »bloß« miteinander reden. Ja, die Antwort heißt Christus. Und das meint? Komm, setz über, hilf uns. Und zwar: ohne zu herrschen. Hilf, Mensch zu werden. Humanitäre Hilfe, wenn wir so wollen. Humanität, offener Dialog am Fluss des Lebens, das macht es aus, wenn wir von christlicher Tradition sprechen. Und also wird man die Geschichte auch so übersetzen können: Wenn Menschen dort, wo Paulus einst übergesetzt hat, auf dem Mittelmeer zwischen Troas und Neapolis, wenn Menschen dort hilflos ertrinken, gehen diese Wurzeln Europas unter.

Es verlockt, bei so viel Reden vom Übersetzen zu gucken, wie die Verse von heute noch so übersetzt werden. In der King James Bible, also der englischen Fassung, heißt es: Come over, help. Das erinnert doch an einen alten Freiheitssong. We shall overcome. Wir werden überwinden Unfreiheit und Unterdrückung. Jede Strophe dieses Liedes ein kleines Evangelium. Hand in Hand, furchtlos, in Frieden leben. Ja, um das alles geht es wohl beim Übersetzen der Geschichte heute. Come on, die Hoffnung ist nicht over.

Der Text ist eine gekürzte Fassung der Predigt anlässlich des Gottesdienstes zum Bürgerdialog in Frankfurt/Oder am 3. Februar 2019.

**Christian Stäblein,** Dr. theol., geb. 1967, seit 2015 Propst, 2019 Wahl zum Bischof der Evangelischen Kirche Berlin-Brandenburg-schlesische Oberlausitz (EKBO). Studium der evangelischen Theologie, Judaistik, Philosophie, Geschichte und Rechtswissenschaften in Göttingen, Berlin und Jerusalem. Promotion 2002, Gemeindepfarrer in Lengede und Nienburg an der Weser; 2008–2015 Studiendirektor des Predigerseminars der Evangelisch-lutherischen Landeskirche Hannovers im Kloster Loccum.

# Für eine offene und freie Gesellschaft – Solidarität statt Ausgrenzung!

AFS ruft auf zur Teilnahme an Demonstrationen im Sommer mit #unteilbar Sachsen.

»Für ein offenes Land mit freien Menschen« – unter diesem Banner gingen 1989 Menschen in Sachsen auf die Straße. 30 Jahre später hat dieser Appel nichts an Dringlichkeit verloren. Er wird in diesem Sommer vor der Landtagswahl auf die Straßen zurückkehren.

Auf Initiative der sächsischen Regionalgruppen ist Aktion Sühnezeichen Friedensdienste Teil des Bündnisses #unteilbar Sachsen, das in Leipzig und Dresden zu Großdemonstrationen aufruft. Denn:

## WAS GESTERN NOCH ALS UNSAGBAR GALT, IST HEUTE REALITÄT

In Sachsen stehen die politischen Mehrheitsverhältnisse auf der Kippe. Offener Rassismus, Antisemitismus und Menschenverachtung sind gesellschaftsfähig. Was gestern mehrheitlich noch undenkbar war und als unsagbar galt, ist heute Realität. Humanität und Menschenrechte, Religionsfreiheit und Rechtsstaat werden offen angegriffen. Es ist ein Angriff, der uns allen gilt. Die Landtagswahlen in Sachsen könnten einen bundesweiten Rechtsruck weiter befördern.

## WIR HALTEN DAGEGEN

Wir aber wollen nicht zulassen, dass Menschen, die auf die Solidarität der Gesellschaft angewiesen sind, gegeneinander ausgespielt werden. Wir halten dagegen, wenn Grund- und Freiheitsrechte weiter eingeschränkt werden sollen. Wir treten ein für eine offene und solidarische Gesellschaft, in der Menschenrechte unteilbar sind und Menschen aller Ethnien, Religionszugehörigkeit und sexueller Orientierung friedlich miteinander leben können. In Sachsen, Deutschland und weltweit.

Seit dem Herbst der Solidarität sind Hunderttausende Menschen für eine solidarische Gesellschaft auf die Straßen gegangen, haben sich an vielen Orten Menschen aktiv für eine Gesellschaft der Vielen eingesetzt. Diesen Aufbruch sozialer Bewegungen werden wir in diesem Sommer fortschreiben.

Wir laden Euch ein, mit uns auf die Straße zu gehen:

### 6. JULI 2019
### DEMONSTRATION IN LEIPZIG
### Auftakt #unteilbar Sachsen Sommer

### 24. AUGUST 2019
### GROSSDEMONSTRATION IN DRESDEN
### mit bundesweiter Mobilisierung

- Wir erheben unsere Stimme gegen antimuslimischen Rassismus, Antisemitismus, Homophobie und jegliche andere Art gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit.
- Wir stehen ein für das Recht auf Schutz und Asyl. Deutschland hat eine besondere Verpflichtung, Geflüchtete aufzunehmen. Diese brauchen Schutz und Solidarität.
- Wir setzen uns für gleichberechtigtes und friedliches Zusammenleben in unserer Gesellschaft der Vielen ein und fordern Teilhabe für alle Menschen, die in unserem Land zusammen leben.
- Wir fühlen uns allen Menschen und Initiativen in Deutschland und Europa verbunden, die miteinander Demokratie, Vielfalt und Solidarität leben und dafür eintreten.

**Lasst uns zusammen auf die Straße gehen und zeigen: Wir sind viele! Für Solidarität statt Ausgrenzung!**

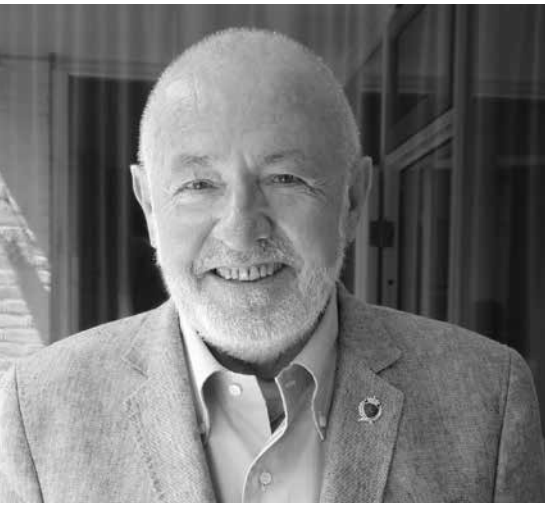
Weitere Informationen zum ASF-Treffpunkt und zur Anreise auf **www.asf-ev.de**

Weiterführende Links: **www.unteilbar.org**

#UNTEILBAR
SOLIDARITÄT STATT AUSGRENZUNG
FÜR EINE OFFENE UND FREIE GESELLSCHAFT

# Wir trauern um Karl-Ernst Hesser

## 11. Mai 1941 bis 3. Januar 2019



Generationen von ASF-Freiwilligen haben Karl-Ernst Hesser als faszinierenden Menschen und brillanten Dozenten kennengelernt

Karl-Ernst Hesser ist der »Freiwillige«, der am längsten in den Niederlanden mit und für ASF gearbeitet hat. Genau genommen ist er es, der der Freiwilligenarbeit hier überhaupt Struktur und Gesicht gegeben hat – er hat sie maßgeblich mit aufgebaut und geprägt. Nun ist er am 3. Januar verstorben.

Als Geschäftsführer des *Deutschen Hilfsvereins (DHV)* lernte er Anfang der 70er Jahre einen jungen Deutschen kennen, der als Freiwilliger nach Amsterdam gekommen war, aber von der Geschäftsstelle in Berlin kaum unterstützt wurde. Hessers Recherchen ergaben, dass es weitere junge Freiwillige gab, die ähnlich schlecht angebunden waren – so nahm er, der zugleich Dozent an einer sozialen Fachhochschule war, diese jungen Leute unter seine Fittiche. Er band sie in das Team des Hilfsvereins ein, das sich um diverse Problemgruppen kümmerte – jugendliche »Touristen«: Drop-outs, Desertierte und viele Junkies mit entsprechender Beschaffungskriminalität –, Gefängnisbesuche machte und anderes. Heute, nach 50 Jahren, wird diese Arbeit immer noch gemacht, von der *Stichting De Regenboog*, wo nach wie vor ASF-Freiwillige an sozialen Brennpunkten arbeiten.

Im Laufe der Zeit erweiterte sich sein Einfluss auf die Arbeit: Er besuchte die (damals wenigen) Projektpartner*innen, vermittelte in Konflikten und besuchte uns auf den Seminaren, die wir selbst organisierten. Dies alles tat er auf eigene Initiative und zumeist ohne Aufwandsentschädigung. Hesser war für uns Freiwillige faszinierend – als jemand, der offen seine Homosexualität lebte und sich auch schon mal in einer der Gay-Bars am Amsteldijk mit uns verabredete; und der mit seiner unorthodoxen Art sehr viel Raum für Eigeninitiative ließ und sehr zur Selbständigkeit der Freiwilligen beitrug.

Er war aber sehr froh, als ich als erster angestellter Länderbeauftragter 1979 die Koordination der Freiwilligenarbeit übernahm. Ab diesem Zeitpunkt war er regelmäßig Gast auf Einführungs- und Länderseminaren, um über die soziale und politische Situation in den Niederlanden zu sprechen. Er war ein faszinierender Dozent, kenntnisreich und didaktisch brillant, der es verstand, prägnant und einprägsam vorzutragen und dadurch beeindruckte, dass er nach kürzester Zeit jede und jeden mit Namen ansprechen konnte.

2005 war Karl-Ernst Gründungsmitglied der *Stichting Vrienden ASF Nederland* und hat dem Freundeskreis bis 2012 als Schriftführer angehört.

Karl-Ernst ist allen Freiwilligen der letzten Jahrzehnte gegenwärtig. Er ist somit der ›Freiwillige‹, der am längsten in den Niederlanden mit und für ASF gearbeitet hat. Wir werden uns immer dankbar an ihn erinnern!

**Helmut Rödner** ist Antiquar, Mitglied des niederländischen Freundeskreises und war bis 1990 Landesbeauftragter Niederlande/Belgien.

# Wir trauern um Paul Niedermann

## 1. November 1927 bis 7. Dezember 2018

Paul Niedermann im Gespräch mit einem Freiwilligen im Jahr 2011

Paul Niedermann war als Kind Häftling im Internierungslager Gurs in Südfrankreich und musste sich später bis zum Ende des Krieges verstecken. Später, als er seine Geschichte erzählen konnte, hörten und prägte sie Generationen von ASF-Freiwilligen.

Paul Niedermann wurde 1927 in Karlsruhe geboren. Mit seinen Eltern, seinem jüngeren Bruder und seinem Großvater war er einer von 6500 Jüd*innen aus Baden, der Pfalz und dem Saarland, die im Oktober 1940 in das südwestfranzösische Internierungslager Gurs deportiert wurden (wo der Großvater verstarb) und später ins Lager Rivesaltes. Mit seinem Bruder konnte er von der im Untergrund tätigen jüdischen Organisation *Oeuvre de secours aux enfants (OSE)* aus Rivesaltes befreit und versteckt werden. Nach einer Odyssee durch zahllose Unterschlüpfe im südlichen Frankreich gelang ihm Ende 1943 die Flucht in die Schweiz. Sein Bruder konnte bei einer Verwandten in Baltimore (USA) in Sicherheit gebracht werden. Beide Eltern wurden in Auschwitz bzw. Majdanek ermordet.

Paul Niedermann blieb nach dem Krieg in Frankreich und lebte mit seiner Frau und seinen Stiefkindern im Pariser Raum. Er arbeitete unter anderem als Journalist, Fotograf und Übersetzer. Jahrzehntelang sprach er nicht über seine Verfolgungsgeschichte. Als 1987 der Prozess gegen den ehemaligen Lyoner Gestapo-Chef Klaus Barbie stattfand, wurde dies zu einem Wendepunkt in Paul Niedermanns Leben. Serge Klarsfeld hatte ihn als zeitweiligen Bewohner des Kinderheims von Izieu ausfindig gemacht und als Zeugen für den Prozess gewinnen können. Zum ersten Mal sprach Paul Niedermann in diesem Rahmen öffentlich über Deportation und Flucht. Generalstaatsanwalt Pierre Truche sei sein Therapeut gewesen, sagte er immer. Kurz darauf hätten die seit vier Jahrzehnten andauernden nächtlichen Albträume zum ersten Mal ein Ende gehabt.

1988 folgte Paul Niedermann einer offiziellen Einladung der Stadt Karlsruhe an alle jüdischen Karlsruher*innen, die die Schoa überlebt hatten. Dort erzählte er erstmals Schüler*innen seine Geschichte. Und daran schlossen sich unzählige Zeitzeugengespräche in Schulen und bei Gedenkfeiern in Deutschland, Frankreich und den USA an. In Izieu – auch hier war Niedermann häufig als Zeitzeuge zu Gast – engagieren sich seit 1999 ASF-Freiwillige. Die Begegnungen mit Paul Niedermann wie auch anderen Überlebenden prägten ihren – so wie meinen – Friedensdienst nachhaltig. Generationen von ASF-Frankreich-Freiwilligen und zahllosen Schul-, Jugend- und Erwachsenengruppen links und rechts des Rheins hatte Paul Niedermann auf authentische Art und Weise sein von der NS-Verfolgungsgeschichte gezeichnetes Leben erzählt und zum Nachdenken über die Schoa angeregt. Als ich 2016 zum ersten Mal am Karlsruher Hauptbahnhof ausstieg, um in die Innenstadt zu gehen, hallten in mir Pauls Worte nach, die die große Karlsruher Bahnhofshalle im Oktober 1940 beschreiben, damals, als die Deportation begann – erst da wurde mir klar, wie stark seine Geschichte sich in mein Gedächtnis eingebrannt hatte.

**Ines Grau** war 1998/99 ASF-Freiwillige bei Sostradanije in Moskau. In Paris leitete sie die ASF-Frankreicharbeit von 2009–2016 und ist derzeit als wissenschaftliche Mitarbeiterin am Karlsruher Institut für Technologie sowie freiberuflich in der historisch-politischen internationalen Bildungsarbeit tätig.

## Rückblick: Aleida Assmann spricht beim Jahresempfang von ASF

Aleida Assmann während ihrer Rede in der evangelischen Akademie in Frankfurt am Main.

**Prof. Dr. Dr. h. c. Aleida Assmann, Preisträgerin des Friedenspreises des Deutschen Buchhandels 2019, war Festrednerin beim Jahresempfang 2018 von Aktion Sühnezeichen Friedensdienste in Frankfurt am Main.**

Die Erinnerungskultur ist gegenwärtig unter Druck. Das ist das Fazit der Kulturwissenschaftlerin Aleida Assmann. Immer mehr Staaten in Europa stellten, anders als noch vor einigen Jahren, nur noch ihre eigene Geschichte in den Vordergrund. Sie nähmen nicht mehr wahr, welches Leid sie in der Vergangenheit Nachbarn und Minderheiten angetan haben. Assmann sprach von einem Wandel von einer dialogischen zu einer monologischen Erinnerungskultur. »Das Rad der Geschichte wird in Europa gerade zurückgedreht«, sagte sie beim ASF-Jahresempfang in der Evangelischen Akademie in Frankfurt am Main.

Wie gelebtes Interesse an »den anderen« aussehen kann, zeigt der Bericht von Lisa Hohmeier. Die ASF-Freiwillige war 2018/19 im belarussischen Minsk. Auf dem Jahresempfang erzählte sie unter anderem von ihren Besuchen in der Gedenkstätte Blagowtschina. Dort wurden im Zweiten Weltkrieg mehrere zehntausend Menschen ermordet. »Werden wir je die Anzahl derer kennen, deren tote Körper in der Eile der kommenden Niederlage noch von den Nazis verbrannt wurden? Wir erinnern an die Menschen mit Namen und an die Namenslosen, denn sie wurden schon so lange vergessen«, so Lisa Hohmeier.

## Ausblick: ASF-Jubiläen in Norwegen und den Niederlanden

Gleich zwei Jubiläen feiert Aktion Sühnezeichen Friedensdienste in diesem Jahr. Die Niederlande waren 1959 das erste Land, in das Freiwillige von ASF gereist sind. Die erste Gruppe von Freiwilligen half damals in der Provinz Zeeland beim Bau von Ferienhäusern für Familien von Rotterdamer Hafenarbeitern. 60 Jahre sind ein guter Anlass, um gemeinsam nicht nur zurückzublicken, sondern auch innezuhalten und sich der Frage zu widmen, welche Herausforderungen es für ASF in den nächsten Jahren geben wird. Die Jubiläumsfeier zu 60 Jahren ASF in den Niederlanden findet statt am 28. und 29. Juni 2019 im Goethe-Institut in Amsterdam.

Auch Norwegen gehörte zu einem der ersten Länder, in das ASF-Freiwillige gereist sind. Bei der Jubiläumsfeier am 29. August im Norwegischen Zentrum für Holocaust- und Minderheitenstudien (HL-senteret) in Oslo gibt es einen Rückblick auf 60 Jahre Engagement von Norweger*innen und Deutschen für Frieden und Verständigung zwischen den Ländern. Ein Podiumsgespräch mit Expert*innen zum Thema »Antiziganismus in Norwegen« stellt die Themen Diskriminierung von Minderheiten und gemeinsame Verantwortung für zukünftige Generationen in den Mittelpunkt.

Für beide Jubiläen wird es Informationen und die Möglichkeit zur Anmeldung geben auf **www.asf-ev.de**

Das ASF-Sommerlager unterwegs in ...

**DEN NIEDERLANDEN!**

Vom 1. bis 14. Juli in Deventer. Weitere Infos unter www.asf-ev.de/sommerlager

Das ASF-Sommerlager unterwegs in ...

**NORWEGEN!**

Vom 18. bis 30. August in Kokelv und Oslo. Weitere Infos unter www.asf-ev.de/sommerlager

## Publikation: Neue BAG K+R-Broschüre »Identität. Macht. Verletzung«

In welcher Weise sind Theologie und Kirche mit ihrer Suche nach »Identität« in Macht- und Gewaltdynamiken involviert? Welche Perspektiven gibt es in Religionspädagogik und Theologie, die das Reden von »Werten der Aufklärung«, von »Leitkultur« und »Integrationsleistungen« kritisch reflektieren und die möglicherweise Alternativen zu diesen Mustern bieten? Die in der neuen Broschüre der *Bundesarbeitsgemeinschaft Kirche und Rechtsextremismus* versammelten Beiträge setzen sich mit diesen Fragen auseinander.

Die Broschüre ist ab sofort bestellbar unter https://bagkr.de/publikationen.

## TERMINE

**17.–19. MAI 2019**
**ASF-Jahresversammlung zum Thema »Vergessene Geschichte(n)«**
Informationen und Anmeldung auf www.asf-ev.de (und unten)

**23. MAI + 24. MAI 2019**
**Fachtag »Religiös begründeter Extremismus vs. Rechtsextremismus?«**
Ort: Ev. Tagungshaus Reinoldinum, Dortmund
Weitere Informationen zum Programm und zur Anmeldung auf: www.bagkr.de/terminkalender

**28. MAI + 29. MAI 2019**
**Multiplikator*innenfortbildung »Sinti und Roma in Geschichte und Gegenwart«**
Ort: Dokumentations- und Kulturzentrum deutscher Sinti und Roma in Heidelberg
Weitere Informationen zum Programm und zur Anmeldung auf: www.bagkr.de/terminkalender

**19.–23. JUNI 2019**
**Deutscher Evangelischer Kirchentag**
»Was für ein Vertrauen« (2. Könige 18, 19) lautet die Losung für den Kirchentag in Dortmund.
Alle Informationen zum ASF-Stand und -Programm bald auf www.asf-ev.de

**28. + 29. JUNI 2019**
**ASF-Jubiläumsveranstaltung in Amsterdam**
Die Niederlande waren 1959 das erste Land, in das Freiwillige von Aktion Sühnezeichen gereist sind.
Ort: Goethe-Institut Amsterdam

**12.–18. AUGUST 2019**
**Gedenkstättenfahrt zur KZ-Gedenkstätte Auschwitz-Birkenau und nach Krakau**
Anmeldungen und Anfragen an kunkel@asf-ev.de

**29. AUGUST 2019**
**ASF-Jubiläumsveranstaltung in Oslo**
Rund 60 Jahre setzt sich Aktion Sühnezeichen Friedensdienste in Norwegen für Frieden, Toleranz und Vielfalt ein.
Ort: Goethe-Institut Oslo

# »Vergessene Geschichten(n)«

## Einladung zur Jahrestagung von ASF vom 17. bis 19. Mai 2019

In der Arbeit bei Aktion Sühnezeichen Friedensdienste fällt immer wieder auf, dass es Unterschiede darin gibt, wie an Gruppen gedacht wird, die vom NS-Regime verfolgt und ermordet wurden. Deshalb wird ASF bei dieser Jahrestagung Opfergruppen der NS-Diktatur in den Fokus rücken, die sonst weniger im Zentrum des Gedenkens stehen: Sint*ezza und Rom*nja, als »asozial« stigmatisierte Menschen und die Opfer der NS-Verbrechen in Griechenland. Auf diesem Wege sollen die »Vergessene(n) Geschichte(n)« und der Umgang mit ihnen seit Kriegsende und Ende der Nazidiktatur aufgezeigt werden.

### AUS DEM PROGRAMM

**FREITAG, 17. MAI**
**15.30 bis 17.00 Uhr**
Optional: ASF auf Erkundung: Anlässlich der Jahrestagung bietet ASF auf Erkundung eine Führung durch die Stiftung Gedenkstätte Lindenstraße in Potsdam an.
**18.00 bis 22.00 Uhr**
Begrüßung durch den ASF-Vorsitzenden Dr. Stephan Reimers. Aufführung der »NSU Monologe« u. a.
**SAMSTAG, 18. MAI | AB 9.30 UHR**
Zeitzeugengespräch mit Sami Steigmann, Podiumsdiskussionen und Workshops u. a.
**SONNTAG, 19. MAI | 9.00 UHR**
Mitgliederversammlung von ASF

### KOSTEN
Freitag/Sonnabend: 60 Euro, ermäßigt 35 Euro (Schüler*innen, Studierende, Arbeitslose, Rentner*innen), Soli-Beitrag: 90 Euro
Die Mitgliederversammlung am Sonntag ist beitragsfrei.

### ORT
Oberlinschule | Rudolf-Breitscheid-Straße 24 | 14482 Potsdam-Babelsberg (fünf Minuten Fußweg von der S-Bahnhaltestelle Babelsberg, bitte den Eingang an der Straße Alt Nowawes benutzen)

### ANMELDUNG
online unter www.asf-ev.de/jahrestagung

### KONTAKT FÜR RÜCKFRAGEN
ASF-Infoburo: infobuero@asf-ev.de | Tel.: 030 28 395 184

Und außerdem gibt es noch Sommerlager in ...

**TSCHECHIEN, BELARUS, LITAUEN, BOSNIEN-HERZEGOWINA, RUSSLAND, ÖSTERREICH, UKRAINE!**

Herzlich willkommen! Alle weiteren Infos, inklusive Anmeldeschluss, unter www.asf-ev.de/sommerlager

# Ich möchte Gutes tun!

Aktion Sühnezeichen Friedensdienste

**Und unterstütze die Arbeit von Aktion Sühnezeichen Friedensdienste**

DZI Spenden-Siegel Geprüft seit 2001

## Ich werde Mitglied!

☐ Ich möchte Aktion Sühnezeichen Friedensdienste meine Stimme geben und Mitglied werden.
(Mitgliedsbeitrag: 70 Euro, ermäßigt: 35 Euro).

Bitte senden Sie mir einen Mitgliedsantrag zu:

Name: .....

Adresse: .....

Den Mitgliedsantrag gibt es auch auf www.asf-ev.de/mitglieder

## Ich spende!

☐ Bitte ziehen Sie ab dem ..... (Datum) von meinem Konto ..... Euro
☐ einmalig ☐ monatlich ☐ vierteljährlich ☐ halbjährlich ☐ jährlich ein.

Dazu ermächtige ich ASF, die oben genannte Spende von meinem Konto mittels Lastschrift einzuziehen.
Zugleich weise ich mein Kreditinstitut an, die von ASF auf mein Konto gezogene Lastschrift einzulösen.

Name: .....

Vorname: .....

IBAN: ☐☐☐☐☐☐☐☐☐☐☐☐☐☐☐☐☐☐☐☐☐☐

E-Mail: (auch für Einladungen und weitere Informationen) .....

ASF Gläubiger-Identifikationsnummer DE33ZZZZ00000347023 | Die Mandatsreferenznummer teilen wir mit dem Dankesschreiben mit.

Ich kann innerhalb von acht Wochen, beginnend mit dem Belastungsdatum, die Erstattung des belasteten Betrages verlangen. Es gelten dabei die mit meinem Kreditinstitut vereinbarten Bedingungen.

.....

Ort, Datum und Unterschrift der/des Kontoinhaber*in

Bitte senden an: Aktion Sühnezeichen Friedensdienste e. V., Auguststraße 80, 10117 Berlin.
Oder faxen an: 030 28 395 135

## Wie bekomme ich das *zeichen*?

Mitglieder, Projektpartner*innen, Multiplikator*innen, für ASF kollektierende Gemeinden, ehemalige Mitarbeiter*innen und Ehrenamtliche erhalten das *zeichen* als Dankeschön, zum Weitergeben, zur Information, um neue Leser*innen zu werben. Ehemalige Freiwillige erhalten das *zeichen* in den ersten fünf Jahren nach dem Friedensdienst. Und ansonsten liegt das *zeichen* ab einer Spende von zehn Euro jährlich an Aktion Sühnezeichen Friedensdienste immer aktuell bei Ihnen und Euch im Briefkasten.

## Predigthilfen von Aktion Sühnezeichen – mit Texten und Themen, die uns alle angehen.

Dreimal jährlich erscheinen die Predigthilfen von Aktion Sühnezeichen Friedensdienste: zum Internationalen Tag des Gedenkens an die Opfer des Holocaust am 27. Januar, zum Israelsonntag und zur Ökumenischen Friedensdekade im November. Darin finden sich Liturgie-Vorschläge und Predigtentwürfe, Materialhinweise und Rezensionen, aber auch politische und theologische Artikel zu den Themen, die uns bei ASF bewegen und mit denen wir uns an die Öffentlichkeit wenden.

DZI Spenden-Siegel

Das Spendensiegel des Deutschen Zentralinstituts für soziale Fragen (DZI) bescheinigt den verantwortungsbewussten Umgang mit den anvertrauten Mitteln. Als Zeichen für Vertrauen trägt Aktion Sühnezeichen Friedensdienste e. V. seit 2001 das DZI Spenden-Siegel.

**SEPA-Überweisung/Zahlschein**

Name und Sitz des überweisenden Kreditinstituts

BIC

Für Überweisungen in Deutschland und in andere EU-/EWR-Staaten in Euro.

**Angaben zum Zahlungsempfänger:** Name, Vorname/Firma (max. 27 Stellen bei maschineller Beschriftung max. 35 Stellen)

ASF e. V.

IBAN

DE68 1002 0500 0003 1137 00

BIC des Kreditinstituts/Zahlungsdienstleisters (8 oder 11 Stellen)

BFSWDE33BER

**SPENDEN-ORGANISATION**

Aktion Sühnezeichen Friedensdienste

Betrag: Euro, Cent

Spenden-/Mitgliedsnummer oder Name des Spenders: (max 27 Stellen)

Zi19B01

ggf. Stichwort

PLZ und Straße des Spenders: (max. 27 Stellen)

**Angaben zum Kontoinhaber/Zahler:** Name, Vorname/Firma, Ort (max. 27 Stellen, keine Straßen- oder Postfachangaben)

IBAN

DE 06

Datum

Unterschrift(en)

SPENDE

**Beleg / Quittung für den/die AuftraggeberIn**

IBAN KontoinhaberIn

Empfänger

**Aktion Sühnezeichen Friedensdienste e.V.**
**Auguststraße 80 / 10117 Berlin**

**Bank für Sozialwirtschaft Berlin /**
**IBAN DE68 1002 0500 0003 1137 00 /**
**BIC BFSWDE33BER**

Wir sind wegen Förderung gemeinnütziger Zwecke nach dem letzten uns zugegangenen Freistellungsbescheid des Finanzamtes für Körperschaften I von Berlin, StNr. 27/659/51675 vom 20. Nov. 2014 für die Jahre 2011 bis 2013 gemäß § 5 Abs. 1 Nr. 9 KStG von der Körperschaftssteuer befreit. Es wird bestätigt, dass der Betrag nur für satzungsgemäße Zwecke verwendet wird.

Spendenbetrag: Euro, Cent

**Zuwendungsbestätigung**

Bis 200 Euro gilt dieser Beleg mit Ihrem Kontoauszug als Zuwendungsbestätigung. Bei Beträgen über 200 Euro schickt Ihnen ASF am Beginn des Folgejahres automatisch eine Zuwendungsbestätigung zu.

Name AuftraggeberIn / Quittungsstempel

# EIN DIENST – SO VIEL ZU ERLEBEN

**Du möchtest anderen Menschen helfen und dabei viel für Dich dazu lernen? Möchtest im Ausland arbeiten und Dich für Verständigung und Frieden einsetzen? Und dabei auch noch eine Menge Spaß haben?**

Dann mach' einen Freiwilligendienst bei Aktion Sühnezeichen Friedensdienste. Mit uns kannst Du Dich in einem von 13 Ländern, beispielsweise in den USA, in Frankreich, Russland oder Israel, ein Jahr lang sinnvoll engagieren. Dabei wirst Du kompetent vorbereitet und vor Ort professionell begleitet.

**Bewirb Dich jetzt für einen Freiwilligendienst 2020/21!**
**www.asf-ev.de/freiwilligendienste**

Bank für Sozialwirtschaft Berlin
IBAN: DE68 1002 0500 0003 1137 00 | BIC: BFSWDE33BER

Alle Informationen zu unseren Kampagnen, Aktionen und Mitteilungen findest Du in unserer neuen Infothek unter: **www.asf-ev.de/infothek** und in den sozialen Netzwerken.

Aktion Sühnezeichen Friedensdienste

www.asf-ev.de | asf.de | asf_ev | asf_ev